

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Mai 1931

Internat.
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Piccards Todesstrahlen.

SPD. Piccard ist nicht etwa aufgestiegen, um einen neuen Höhenrekord aufzustellen. Das Wagnis galt ausschliesslich der wissenschaftlichen Forschung. Alle Welt spricht heute von der Höhenstrahlung oder den Todesstrahlen, denen Piccard in seiner Silberkugel auf den Leib gerückt ist.

Die Bedeutung dieses wissenschaftlichen Experimentes ist erst im Rahmen des "gesamten Spektrums" voll zu würdigen. Es gab eine Zeit, in der die Physiker unter Spektrum nur das sogenannte "sichtbare Spektrum" verstanden, das man erhält, wenn man Licht durch ein Prisma fallen lässt. Das weisse Licht löst sich dabei in seine einzelnen Bestandteile auf: rot, orange, gelb, grün, blau, indigo, violett. Jede Farbensorte hat ihre bestimmte Schwingungszahl. Die Farbe Rot hat etwa 400 Billionen Schwingungen pro Sekunde und die grösste Wellenlänge; Violett hat die doppelte Schwingungszahl, also 800 Billionen Schwingungen pro Sekunde, aber nur die halbe Wellenlänge von Rot. Das bedeutet, musikalisch gesprochen, dass das Violett die höhere Oktav von Rot ist. Da Rot und Violett die Grenzfarben im sichtbaren Spektrum sind, kann demnach unser Auge nur solche Schwingungen als Farbe oder Licht empfinden, die im Bereich der Schwingungszahlen zwischen 400 und 800 Billionen liegen.

Bald erkannte man aber, dass das Gebiet der elektromagnetischen Lichtschwingungen sich über das rote und violette Ende des Spektrums hinaus erstreckt. Jenseits der roten Farbe fand man das langwellige ultrarote Spektrum. Das sind Schwingungen, die vorwiegend Wärmewirkung haben und mit empfindlichen Wärmemessern aufgefunden wurden. Aber auch dieses bildete noch nicht die rechte Grenze. Man erkannte, dass die Hertz'schen elektrischen Wellen, also die Radiowellen, die Schwingungen der Leydener Flaschen, der Wechselstrommaschinen weiter nichts sind als eine Fortsetzung des sichtbaren Spektrums über das Gebiet des Ultraroten hinaus.

Aus dem nachfolgenden Schema (das Schema liegt dem Brief bei) ist ersichtlich, dass sich das Spektrum auch über das violette Ende hinaus fortsetzt. Es war die photographische Platte, die jenseits von Violett noch Schwingungen anzeigte, die unser Auge nicht mehr wahrnehmen kann. Das sind die ultravioletten Strahlen mit höheren Schwingungszahlen und kürzeren Wellenlängen als Violett. Man hat auch an gewissen Insekten nachweisen können, dass sie die ultravioletten Strahlen noch als Licht empfinden. Lange konnte man keinen Anschluss an dieses ultraviolette Gebiet finden. Erst als Professor Röntgen die "Röntgenstrahlen" entdeckte, konnten die Physiker feststellen, dass diese Strahlen die lückenlose Fortsetzung des ultravioletten Spektrums bilden.

Als dann Becquerel, Schmidt und Curie die radioaktiven Substanzen entdeckten, fanden die Physiker, dass von diesen Substanzen eine ganz kurzwellige Strahlung ausgeht: die "Gamma-Strahlung". Diese Strahlung erwies sich als ganz kurzwelliges Röntgenlicht von grösster Durchdringungsfähigkeit. Sie bildete lange Zeit die kürzeste bekannte Wellenlänge, also das Ende des Spektrums über das Violett hinaus.

Erst in den letzten Jahren vermuteten die Physiker eine Strahlung, die noch kurzwelliger ist als die Gamma-Strahlung. Jede der beschriebenen Strahlungen ruft nämlich in einem Gase "Jonisation", elektrische Wirkung, hervor. Nun hatten Forscher in einem abgeschlossenen Gefäss, nachdem der Einfluss der bisher bekannten Schwingungen ausgeschaltet war, doch noch "Jonisation" nachweisen können. Sie wurde um so stärker, je weiter man sich vom Meeresspiegel nach oben entfernte. Aus dieser Tatsache heraus vermutete man das Vorhandensein einer Strahlung, die noch viel kurzwelliger und durchdringender ist als die kurzwelligste Gammastrahlung. Da sie um so stärker wird, je höher man sich über den Erdboden erhebt, nannte man sie "Höhenstrahlung" und wegen ihrer ungeheuren Durchdringungsfähigkeit "Todesstrahlen". Da man diese Strahlen bisher weder in der Sonnenstrahlung, noch in irdischen Strahlungen wahrgenommen hat, nahm man an, dass sie von anderen Gestirnen aus dem Weltraum stammen.

Genaue physikalische Messungen an diesen Strahlen hat man bis heute noch nicht ausführen können, weil sie von der Atmosphäre verschluckt werden, sodass ihre Stärke für Messungen nicht mehr ausreicht. Alle Angaben über diese Strahlen in der wissenschaftlichen Welt waren lediglich Vermutungen und hypothetischer Natur.

Piccard ist der erste, der mit seinem Assistenten Dr. Kipfer in das Reich dieser geheimnisvollen Strahlung vorgedrungen ist. Er wird mit dem gewonnenen Beobachtungsmaterial versuchen, das ultraviolette Spektrum über das Gebiet der Gammastrahlen hinaus experimentell zu erweitern.

W. Kuhnhen.

SPD. Reutlingen, 29. Mai (Eig. Drahtb)

In Reutlingen ist infolge eines sehr merkwürdigen Verhaltens des vor zwei Jahren gewählten Oberbürgermeisters Dr. Haller die Stadtverordnetenversammlung aufgefliegen. 22 Stadträte der Sozialdemokratie, der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei verliessengeschlossen die Sitzung, nachdem sie zum Ausdruck gebracht hatten, dass sie aufgrund des Verhaltens des Oberbürgermeisters jede weitere Mitarbeit im Gemeinderat sowie auch die Teilnahme an Sitzungen der Kommissionen und Abteilungen ablehnen müssten. Der Oberbürgermeister blieb mit nur fünf Stadträten zurück. Der Konflikt zwischen dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung ist damit in ein Stadium getreten, in dem er nur noch durch ein Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörde aus der Welt geschafft werden kann.

Die Differenzen schweben schon seit langer Zeit. Seinen Höhepunkt aber erlangte der Konflikt durch die Verbreitung einer anonymen Schmähschrift gegen die Führer der politischen Rathausparteien, in der verschiedene Einzelheiten enthalten waren, deren Bekanntgabe nur durch den Oberbürgermeister erfolgt sein konnte. Das schlug dem Fass den Boden aus und veranlasste die Fraktionen der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Volkspartei zu einer Anzeige gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft und zu einem Ersuchen an den Oberbürgermeister um eine Erklärung, dass er an der Abfassung der Schmähschrift nicht beteiligt gewesen sei, den Verfasser nicht kenne und den beleidigenden Inhalt der Schrift und ihre Verbreitung bedauere. Der Oberbürgermeister lehnte es jedoch ausdrücklich ab, auf die Fragen der Fraktionen zu antworten. Er wollte nur vor dem Richter Auskunft geben.

Damit scheint das Tischtuch zwischen beiden Seiten endgültig zerschnitten und keine Möglichkeit zu einer Verständigung mehr gegeben zu sein.

SPD. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat im Düsseldorfer Industrieklub, dem die ganz Grossen aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie angehören, eine Rede gehalten, in der er sich wieder einmal mit der "Rettung Deutschlands" beschäftigte. Deutschland sei im Auslande, so formulierte der frühere Reichsbankpräsident, nicht mehr kreditfähig. Schuld sei die von Deutschland betriebene Finanz- und Wirtschaftspolitik. So sei der Augenblick gekommen, in dem sich alle Kreise zusammenfinden müssten, um gegen die internationale und sozialistische Idee vorzugehen. Ein Volksentscheid müsse die Entscheidung bringen, ob eine Gruppe von Vertrauensmännern an die Spitze des Reiches (versteht sich unter Führung von Dr. Schacht.Red.) treten solle.

An diese Diktaturrede Schachts schloss sich eine Diskussion. Die Schachtschen Ausführungen scheinen also bei den anwesenden Schwerindustriellen nicht alle Bedenken zerstreut zu haben. Worauf sich Schacht entschloss, weitere Ausführungen zu machen. Sie bewegten sich in folgendem Rahmen:

Wenn Deutschland das Moratorium beantragt und die Reparationszahlungen einstellt, so brauche man keine Angst vor Kreditkündigungen zu haben. Jeder Kaufmann wisse, dass, wenn man den Kredit kündigt, man nicht ohne weiteres sein Geld erhalte. Ausserdem komme für Deutschland die Aufnahme weiterer Kredite sowieso nicht mehr in Frage. Dagegen müsse man die allerdings unwahrscheinliche Möglichkeit ins Auge fassen, dass auf Grund der Sanktionsklausel des Youngplans politische Massnahmen gegen Deutschland ergriffen werden. Die inneren Reformen müssten also in dem Augenblick, in dem die Zahlungen gekündigt werden, einsetzen. Mit dem Parlament sei das nicht zu machen, wohl aber mit einem Aktionsausschuss, der mit langfristigen Vollmachten ausgerüstet sei und der innerhalb eines bestimmten Rahmenseingesetzt werde.

Dass die "Retteridee" bei Schacht schon seit langem krankhafte Erscheinungen angenommen hat, ist bekannt. Wer bisher daran zweifelte, wird durch seine Rede im Düsseldorfer Industrieklub eines anderen belehrt. Eine andere Frage ist, wie lange sich das Reich die Unterminierung seines Kredits durch einen national verwehrlosen und verantwortungslosen Menschen wie Dr. Schacht noch gefallen lassen will?

SPD. Paris, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Votum der Kammer nach der Debatte über die Auswärtige Politik hat keineswegs eine Klärung der politischen Lage gebracht. "Heuchelei und Feigheit", um mit Franklin-Bouillon zu reden, haben vielmehr in den Reihen der Regierungsmehrheit neue Triumphe gefeiert und eine in jeder Beziehung paradoxe Lage geschaffen. Denn die Abgeordneten, die die Politik Briands bekämpfen, haben für die Regierung, also auch für Briand, gestimmt, während diejenigen, die seine Politik verteidigen, sich gegen die Regierung ausgesprochen haben.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Ganz einfach dadurch, dass für die Abstimmung nicht, wie es dem Charakter der Interpellation Franklin-Bouillo ausgesprochen hätte, die Aussenpolitik Briands ausschlaggebend war, sondern die innenpolitische Lage des Kabinetts. Diese Verschiebung der Debatte auf das innenpolitische Gebiet ist das Werk des Ministerpräsidenten, der auf diese Weise die Regierung gerettet hat. Denn nach der Erklärung Herriots, dass die Radikalen zwar die Politik Briands und seine Haltung in Genf billigten, aber dem Kabinett das Vertrauen verweigern müssten, weil seine Zusammensetzung der vollen Auswirkung dieser Politik hinderlich sei, war es klar, dass die Regierung, der auch ein Teil der Fraktion Marin die Gefolgschaft versagen wollte unrettbar verloren war. Der Ministerpräsident führte daher das erwähnte Manöver aus, das bereits Tardieu mehrmals mit Erfolg angewandt hatte. Nachdem er festgestellt hatte, dass die französische Delegation in Genf den ihr von der Kammer erteilten Auftrag im Rahmen des Möglichen ausgeführt hatte, erklärte

er, es handele sich jetzt nur noch um eine politische Frage. Der Beweis dafür sei, dass die Linke die Politik Briands billige, aber der Regierung nicht das Vertrauen gewähren wolle. Zur Rechten gewandt, fuhr Laval fort: "Ich appelliere daher an die Mehrheit, die mir stets treu gewesen ist und die ich nicht verräten habe. Es gibt keine Politik des Aussenministers, es gibt nur eine Politik der Regierung. Ich sprach niemals von der Friedenspolitik, ohne auch die Sicherheitspolitik zu erwähnen. Vor der Abrüstungskonferenz wird die Regierung von der Kammer ein Mandat verlangen, das ebenso ausführlich werden wird wie das Mandat inbezug auf das Anschlussprojekt. Sind Sie jetzt beruhigt?" "Ja" brüllten etwa 50 Abgeordnete der Rechten, worauf Laval erklärte: "Sie wissen also, was Sie jetzt zu tun haben." Die Mehrheit verstand die Mahnung und die Schlacht war für die Regierung gewonnen.

Für Briand bedeutet das Abstimmungsergebnis, dass er jetzt noch mehr als bisher Gefangener einer ihm feindlich gesinnten Rechtsmehrheit ist. Man muss daher die Frage aufwerfen, ob er diese Situation noch lange ertragen wird.

SPD. Weimar, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag lehnte am Freitag den Vertrag, den der ehemalige Minister Frick mit seinem Parteifreund Schultze-Naumburg als Leiter der Kunsthochschule in Weimar im März 1930 geschlossen hatte, mit grosser Mehrheit ab. Die Redner aller Parteien, ausgenommen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten erklärten übereinstimmend, dass der Vertrag rechtsungültig sei, weil Frick ihn dem Landtag zur Genehmigung nicht vorgelegt habe, obwohl auf das Verlangen des Finanzministers Baum und mit Zustimmung des Kabinetts die Worte "vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags" in den Vertrag aufgenommen worden waren. Der Landtag nahm zugleich einen Antrag an, nach dem der ehemalige Volksbildungsminister Frick für alle sich aus der Ungültigkeitserklärung des Vertrages ergebenden finanziellen Schwierigkeiten ersatzpflichtig gemacht werden soll.

Der Landtag nahm ferner eine sozialdemokratische Entschliessung an, die besagt, dass der Landtag die Berufung des nationalsozialistischen Rasseforschers Günther an die Universität Jena missbilligt, da ein sachliches wissenschaftliches Bedürfnis für diese Berufung nicht vorlag und die Neuerrichtung überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann. Für diese Entschliessung stimmte auch die Deutsche Volkspartei.

Eine weitere Entschliessung der Sozialdemokraten, die vom Landtag angenommen wurde, besagt, dass der Landtag eine besondere hauptamtliche Kurator-Stelle für die Universität Jena für überflüssig halte. Ebenso sei die Tätigkeit eines nebenamtlichen Kurators entbehrlich. Mit dieser Stelle war von Frick der deutschnationale Abg. Dr. Herfurth betraut worden.

Im Verlauf der zweiten Lesung des Polizeietats stellte ein Regierungsvertreter fest, dass die Rote Hilfe in Jena den Attentäter, der kürzlich auf Professor Günther mehrere Schüsse abgab, der Polizei zugeführt hat. Die Rote Hilfe habe infolgedessen Anspruch auf die für die Ergreifung des Täters ausgesetzte Belohnung von 500 Mark. Sie habe allerdings auf diese Belohnung verzichtet.

Die Nationalsozialisten stimmen im weiteren Verlauf der Sitzung u.a. dem Etat für die Kirchen zu, in dem auch die Ausgaben für die Rabbiner enthalten sind. Diese Feststellung rief lebhaftes Heiterkeit hervor.

SPD. Zürich, 29. Mai (Eig. Drahtb)

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel gibt bekannt, dass die Massnahmen die anlässlich der letzten Sitzung des Verwaltungsrates in Basel im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Kreditanstalt in Wien erörtert worden sind, jetzt zum Abschluss gelangt sind und daher jederzeit in Kraft treten können. Ausser der Bank für internationalen Zahlungsausgleich haben sich 10 der grössten Zentralbanken bereit erklärt, der fraglichen Kreditbank einen Devisenkredit zur Verfügung zu stellen, der nach Bedarf verwendet werden kann. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich glaubt, dass die österreichische Nationalbank mit Hilfe dieser Kredite und der ihr direkt zur Verfügung stehenden Mittel sowie mit Unterstützung der anderen Zentralbanken ihrer Normalfunktion zur Sicherstellung der Einlösbarkeit und Stabilität der österreichischen Währung auch fernerhin gerecht werden wird.

SPD. Am Freitag haben im Reichskabinettt die Beratungen über die neue Notverordnung begonnen. Sie dürften am Montag fortgesetzt und frühestens am Mittwoch vor der Abreise des Reichskanzlers und Aussenministers nach Chequers endgültig fertiggestellt werden. Da dann noch die Zustimmung des von Berlin abwesenden Reichspräsidenten eingeholt werden muss, ist mit der Veröffentlichung der Notverordnung nicht vor Ende der nächsten Woche zu rechnen. Ueber den Inhalt der Notverordnung lassen sich deshalb in diesem Augenblick endgültige Tatsachen nicht mitteilen. Alle bisher bekanntgewordenen Einzelheiten müssen mit dem Vorbehalt der noch ausstehenden Zustimmung des Gesamtkabinetts versehen werden.

Die neue Notverordnung wird aus zahllosen Einzelbestimmungen bestehen, die in mehrere Abschnitte zusammengefasst werden dürften. An erster Stelle stehen die Ersparnisse. Ihre Höhe steht nicht fest, auch ihre Verteilung auf die einzelnen Etatpositionen nicht. Versichert wird, dass etwa 50 Millionen am Wehr-Etat gespart werden sollen, dass die den einzelnen Ministerien zur Verfügung stehenden Fonds zusammengestrichen werden, aber auch Kürzungen einiger sozialer Posten am Etat des Arbeitsministeriums werden beabsichtigt. Ein zweiter Teil wird sich mit der Schaffung von Mehreinnahmen für den Reichsetat und die Arbeitslosenversicherung beschäftigen. In erster Linie ist dabei zu erwähnen die sogenannte "Krisensteuer", die von allen steuerpflichtigen Einkommen erhoben werden soll und deren Ertrag teils zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung, teils für Zwecke der Arbeitsbeschaffung und Unterbringung von Erwerbslosen verwendet werden soll. Die Sätze dieser Krisensteuer sollen sich nach der Höhe des Einkommens richten und zwischen 1 Prozent und 5 Prozent gestaffelt sein. Sie werden neben der bisherigen normalen Einkommensteuer einschliesslich des Zuschlages für die hohen Einkommen über 18400 Mark erhoben. Im Rechnungsjahr 1931 soll der Ertrag dieser Steuer rund 400 Millionen betragen.

Ausgenommen von dieser Krisensteuer werden die Beamten. Bei ihnen wird diese Krisensteuer ersetzt durch eine Kürzung der Gehälter, die nach der Einkommenshöhe gestaffelt ist, deren Mindestsatz aber nicht unter 4 Prozent liegen wird, während der Höchstsatz bei etwa 8 Prozent erreicht wird. Die Zuckersteuer, die gegenwärtig M 5,25 für den Zentner beträgt, wird auf M 10,50 erhöht. Der Ertrag dieser Steuererhöhung wird für den Rest des Etatjahres auf 110 Millionen veranschlagt. Ob gleichzeitig eine Senkung des Höchstpreises eintritt, um die starke Steigerung der Zuckerpreise durch die Steuererhöhung zu vermeiden, wird noch erwogen. In Aussicht genommen ist ferner eine Erhöhung des Zolles auf Mineralöle. Erörtert wird noch eine entsprechende Ausgleichsabgabe für das im Inland erzeugte Benzin und Benzol. Bei der Tabaksteuer sind Erhöhungen nicht geplant. Man denkt lediglich an Massnahmen, durch die der Konsum an Zigaretten, der unter dem Einfluss der letzten Steuer-

erhöhung stark zurückgegangen ist, wieder gehoben wird.

Der Fehlbetrag bei der Arbeitslosenversicherung wird wahrscheinlich nach den angeblich von der Braunskommission einstimmig gefassten Beschlüssen gedeckt werden. Soweit der Arbeitslosenversicherung nicht durch die Krisensteuer neue Mittel zufließen, ist ein Leistungsabbau durch Verlängerung der Wartezeit und Kürzung der Unterstützungsdauer zu erwarten. Eine Beitragserhöhung ist nicht mehr in Aussicht genommen. An ihre Stelle tritt die Krisensteuer. Der Rest der Mittel der Krisensteuer soll der Ankurbelung der Wirtschaft dienen. Hier wird an ein Arbeitsbeschaffungsprogramm gedacht, durch das zunächst rund 125 000 Arbeiter in Beschäftigung gebracht werden sollen. Die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge der Gemeinden ist anscheinend fallen gelassen worden. Den Gemeinden soll dadurch geholfen werden, dass ihnen der Gesamtbetrag der Kürzung der Gehälter der Beamten in den Ländern und Gemeinden zufließt. Ausserdem sollen die Länder 60 Millionen vom Reich erhalten, die durch die Beseitigung der Lohnsteuererstattungen erspart werden.

Um die neue Notverordnung der Bevölkerung schmackhaft zu machen, plant die Regierung mit ihrer Veröffentlichung in der Form einer Mantelnote einen eigenen Kommentar dazu zu liefern, in dem eine Rechtfertigung der in ihr enthaltenen drakonischen Massnahmen versucht und die Umriss der sonstigen politischen Absichten der Regierung dargelegt werden.

SPD. Wien, 29. Mai (Eig. Drahtb)

Der grossdeutsche Justizminister Dr. Schürff ist am Freitag zurückgetreten. Er begründet seinen Rücktritt damit, dass die Regierung entgegen den Beschlüssen der grossdeutschen Parteileitung die Beamtenehaltskürzungsvorlage eingebracht hat.

SPD. Die vor Pfingsten eingeleitete Aktion, den Brotpreis in der Provinz zu senken, hat jetzt endlich zu einem Teilerfolg geführt. Für die Bestrebungen kommen drei Gebiete in Frage, das rheinisch-westfälische Industrierevier und die grossen Städte am Rhein, das mitteldeutsche Industriegebiet und das Gebiet an der Unterelbe (Hamburg). In diesen Gebieten wird wie in Berlin verbilligter Roggen eingesetzt, den die Stützungsstellen im Laufe des Getreidejahres aufgekauft haben. Die Regierung kann die Aktion ohne Zweifel durchhalten, zumal sie in den letzten Tagen abermals ausländischen Roggen aufgekauft hat. Die Verhandlungen haben fürs erste in Köln, wo die Bäckerspannen stark überhöht waren, zu einem Erfolg geführt. In Mitteldeutschland sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. In Magdeburg wurde am Freitag noch verhandelt. Die Aktion liegt in Händen der preussischen Behörden, die sich mit aller Energie für die Senkung der Brotpreise einsetzen. Ueber den Verlauf der Aktion teilt die preussische Staatsregierung folgendes mit:

"Nachdem es auf dem Wege verbilligter Abgabe von Roggen aus den Beständen der deutschen Getreidehandelsgesellschaft gelungen ist, den Brotpreis in Berlin herabzusetzen und auch in Leipzig auf die Gestaltung des Brotpreises Einfluss zu nehmen, sind von der preussischen Staatsregierung im Zusammenwirken mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit den lokalen Stellen Verhandlungen über eine Ausdehnung der Aktion auf industrielle Gebiete mit einer starken Arbeitslosenzahl eingeleitet worden. In Köln werden in allernächster Zeit von den Brotfabriken, den Wohnungsgenossenschaften und den Bäckern die Preise für Graubrot von 50 auf 47 Pfennige, für Schrotbrot von 36 auf 34 Pfennige herabgesetzt worden. In weiteren industriellen Städten Rheinland-Westfalens, der Provinz Sachsen und in Frankfurt/Main erfolgen ent-

sprechende Einwirkungen auf die Gestaltung der Brotpreise."

Inbezug auf die Brotpreissenkung in Köln ist zu bemerken, dass die dem Centralverband deutscher Konsumgenossenschaften angeschlossene Kölner Konsumgenossenschaft, deren Bereich sich weit ins Bergische Land hinein erstreckt, schon bisher den niedrigsten Brotpreis in Köln hatte und ihr Brot weit unter Bäckerpreis abgab.

SPD. Jerusalem, 29.Mai (Eig.Drahtb.)

Die palästinensische Arbeiterpartei hat bei den Wahlen für den 17.zionistischen Kongress, der Ende Juni in Basel stattfindet, einen grossen Erfolg erzielt. Sie hat 62 Prozent aller Stimmen in ganz Palästina erhalten, während ihr Hauptgegner, die Revisionisten, nur 17 Prozent der Stimmen zu erzielen vermochten. Im Vergleich mit den Wahlen zur jüdischen Nationalversammlung, die Anfang des Jahres stattfanden, bedeutet das Wahlergebnis einen Stimmenzuwachs von 14 Prozent für die Arbeiterpartei.

SPD. München, 29.Mai (Eig.Drahtb.)

Vor dem Münchener Amtsgericht hatte am Freitag ein schneidiger Handstreich mehrerer Münchener Reichsbannerleute ein Nachspiel.

Am 14.Dezember vorigen Jahres hatten sich vier Münchener Reichsbannerleute eines von einem Nazimann seit 10 Jahren versteckt gehaltenen schweren Maschinengewehres mit Munition bemächtigt. Einer von ihnen rief telefonisch unter dem Namen eines bekannten Nazihetzers bei den Söhnen des Lagerverwalters, der die Waffe aufbewahrt hielt an und kündigte den Besuch seines "Adjutanten" und mehrerer Hitlerleute an, denen das Maschinengewehr sofort auszuhändigen sei. Dieser Befehl genügte, dass die bisher streng geheim gehaltene Kriegswaffe ausgeliefert wurde. Das Hakenkreuz an der Brust und der Gruss: "Deutschland erwache, Juda verrecke!" zerstreuten bei den beiden Lagerverwaltersöhnen den letzten Rest des anfänglichen Misstrauens. Die Reichsbannerleute vergruben die Beute in einem Wald, machten der Reichsbannerleitung Mitteilung, die dann den Fund fotografierte und schliesslich ordnungsgemäss der Polizei übergab. Die Polizei ging aber nicht etwa gegen den unrechtmässigen Besitzer des Maschinengewehres vor, sondern schickte den vier Reichsbannerleuten je einen Strafbefehl über 100 Mark wegen - Betruges und Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz. Ursprünglich wollte man die Sache sogar wegen Hochverrats dem Oberreichsanwalt übergeben. Die Reichsbannerkameraden erhoben gegen die Strafbefehle sofort Einspruch. Infolgedessen kam es am Freitag vor dem Münchener Amtsgericht zur Hauptverhandlung. Dabei erfuhr man, dass das Gerücht von der versteckten Waffe im ganzen Stadtviertel kursiert hatte, nur die Polizei hatte merkwürdigerweise keine Kenntnis. Der Staatsanwalt behauptete sogar, dass das Maschinengewehr von seinem Inhaber ordnungsgemäss bei der Reichswehr angemeldet gewesen sei. Er hielt seinen Strafantrag aufrecht, obwohl für das Betrugsverbrechen jede Voraussetzung, sowohl die des rechtswidrigen Vermögensvorteils als die der Schädigung des Vermögens eines anderen, fehlte. Die Angeklagten betonten, dass es ihnen von Anfang an darum zu tun war, der Republik einen Dienst zu erweisen. Das Gericht setzte schliesslich die Strafe auf die Hälfte herab, machte sich im übrigen aber die Anklage des Staatsanwaltes zu eigen, wobei es hinzufügte, dass der begangene Betrug den Beigeschmack einer gewissen Kriegslist und eines Schnippchens gehabt habe und infolgedessen milder zu beurteilen gewesen sei. Das erbeutete Maschinengewehr soll eingezogen und vernichtet werden. Die Verurteilten werden gegen diesen Spruch Einspruch einlegen.

SPD. Essen, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Am zweiten Tag der Essener Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung wurden 2 Referate über den übergesetzlichen Notstand behandelt. Unter gesetzlichem Notstand sind Fälle zu verstehen, in denen jemand zwar rechtswidrig handelt, aber um ein höheres Rechtsgut zu schützen ein minderes verletzt. Damit standen die Schwangerschaftsunterbrechung zur Diskussion und gleichzeitig die Fememorde.

Es war das Verdienst des Berliner Rechtsanwalts Proll, die Versammlung gelehrter Juristen darauf aufmerksam zu machen, dass die Tatsache, dass man einen übergesetzlichen Notstand als Annahme braucht, beweist, dass mit den bisherigen Prinzipien der Strafrechtsfrage nicht auszukommen ist und es sittliche Forderungen gibt, die im Widerspruch zu den Gesetzen stehen. Zwar sagte auch Proll nichts von der sozialen Indikation, aber sein Hinweis darauf, dass wir eben vor einem neuen Zeitalter der Strafrechtsfrage und neuen Begriffen stehen, wirkte doch wie ein Wetterleuchten auch in Essen. Es herrschte völlige Einigkeit darüber, dass es sich bei der Schwangerschaftsunterbrechung um eine gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr handeln müsse und damit war der soziale Gedanke erledigt, denn die soziale Gefährdung des kommenden Kindes durch das kommende Kind ist eben keine gegenwärtige, sondern eine künftige Gefahr, die bei der sozialen Indikation nicht in Rechnung gestellt werden soll. Ob die Vernichtung der Leibesfrucht im Falle von Vergewaltigung oder Blutschande erfolgen dürfe, wurde überhaupt nicht erwähnt. Dagegen fand es keinen Widerspruch, als von den sogenannten Fememorden abgerückt und der übergesetzliche Notstand verneint wurde.

SPD. Mainz, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Deutsche Landkreistag beschäftigte sich am Freitag in Mainz mit der Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtslasten.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages Dr. von Stempel bedauerte die durch die Notverordnung der Reichsregierung erfolgten Eingriffe in die Selbstverwaltung. Er ist auch mit den Vorschlägen der Brauns-Kommission nicht zufrieden und wandte sich gegen die Drosselung der öffentlichen Arbeiten. Neben einer gerechten Verteilung der Wohlfahrtslasten auf Reich, Länder und Gemeinden sieht der Redner in der Herabsetzung der internationalen Tributlasten einen weiteren Weg, die Gemeinden vor dem endgültigen Zusammenbruch zu schützen.

Auch der Hauptreferent, der Geschäftsführer der sächsischen Bezirksfürsorgeverbände Dr. Guba, betrachtet die Revision des Young-Plans als wichtig, im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung. Die gemeinsame Forderung der Spitzenverbände auf Zusammenlegung der Wohlfahrts-Erwerbslosen und Krisenfürsorge sei die konsequente Fortentwicklung der alten Forderung nach Ausbau der Krisenfürsorge. Den Vorschlag, die Kostenbeteiligung der Gemeinden auf 25 Prozent zu bemessen, lehnte er entschieden ab, da die Gemeinden diese Belastung zurzeit nicht mehr übernehmen könnten. Der hessische Innenminister Leuschner wandte sich in der Diskussion gegen den Vorwurf, dass Reich und Länder die Gemeinden bzw. das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden im Stich gelassen hätte.

In der von der Versammlung angenommenen Entschliessung wird gefordert, dass die unterstützende Arbeitslosenhilfe mit möglichster Beschleunigung so umgestaltet wird, dass alle arbeitsfähigen, arbeitswilligen und unfreiwillig arbeitslos gewordenen Personen ausserhalb der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Soweit dies nicht im Wege der Arbeitslosenversicherung geschehen könne fordern die Landkreistage nach wie vor die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und die Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose in einem einheitlichen Gesetz ausserhalb der öffentlichen Wohlfahrt unter ausreichender Kostenbeteiligung von Reich und Ländern und unter Berücksichtigung der Landkreise als Lastenausgleichsträger.

SPD. Als die Offiziere der Garde-Kavallerie-Division, die Herren Vogel und Pflug-Hartung, seinerzeit an dem Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mitgewirkt hatten, wurden ihnen zur Flucht 30 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Betrag ist, wie erst jetzt zuverlässig bekannt wird, von einem Generaldirektor von der Planitz, dem damaligen Mitinhaber des Bankhauses Krause und Co. in der Berliner Behrenstrasse ausgezahlt worden.

Wer der Spender der Summe gewesen ist, war bisher nicht bekannt.

SPD. Rom, 29.Mai (Eig.Drahtb.)

Der am Donnerstag vor dem Ausnahmegericht zum Tode verurteilte Anarchist Sghirru wurde am Freitag um 5 Uhr morgens hingerichtet. Die Hinrichtung, die durch faschistische Miliz vorgenommen wurde, erfolgte durch mehrere Schüsse in den Rücken. Den Vorschriften gemäss wurde der Delinquent auf einen Stuhl gesetzt und festgebunden. Die Miliz stellte sich hinter seinem Rücken auf und gab auf das Zeichen eines Offiziers eine Salve ab.

SPD. Genf, 29.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf der Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz wurde am Freitag gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit in Kohlenbergwerken ein Obstruktionsversuch der Unternehmergruppe unternommen, zu dessen Wortführer sich der Syndikus Krüger der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände missbrauchen liess. Die Unternehmer erlitten jedoch eine Niederlage.

Schon bei der Festsetzung der Mitgliederzahlen für die fünf Kommissionen der Konferenz warf Krüger die Frage auf, ob das Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau einen speziell europäischen oder einen Weltcharakter haben soll. Durch das Eingreifen der Arbeitergruppe ging man schliesslich zur Tagesordnung über. Vor der Abstimmung am Nachmittag, ob der Konventionsentwurf des Internationalen Arbeitsamtes über die 7 3/4 Stundenschicht als Grundlage der Beratungen dienen sollte, wiederholten Krüger und andere Unternehmervetreter ihren Versuch. Sie wollten erzwingen, dass die Frage der Weltgeltung des Abkommens vor seiner Beratung im Ausschuss entschieden werde. Für die Arbeitergruppe widersprachen Mertens-Belgien und Jouhaux-Frankreich diesem Manöver mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung, die vor der Generaldebatte die Kommissionsberatung eines Entwurfes verlangt. Daraufhin beschloss die Konferenz mit 86 gegen 3 Stimmen, den Entwurf des Internationalen Arbeitsamtes als Grundlage der Beratung anzunehmen und mit 83 gegen 0 Stimmen ihn an die Kommission zu verweisen, also vor dem Ergebnis der Kommissionsberatungen keine Generaldebatte zuzulassen.

Die fünf Kommissionen für Arbeitszeit in Kohlenbergwerken, Nachtarbeit der Frauen, Kinderarbeit, Berichte über Konventionen und Geschäftsordnung wurden nach dem Antrage der Vorschlagskommission gewählt. Die Kohlenkommission wählte Dr. Brauns-Deutschland zum Vorsitzenden.

SPD. Essen, 29.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Zechenverband hat wegen der schlechten Wirtschaftslage den seit dem 1.Januar gültigen Gehaltstarif für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues zum 30.Juni gekündigt. Zum gleichen Termin wurde bereits der Lohntarif für die Bergarbeiter gekündigt.

SPD. Die bisher einzige demokratische Zeitung im Freistaat Oldenburg, die "Oldenburgische Landeszeitung", muss mit dem 1. Juni ihr Erscheinen einstellen.

SPD. Essen, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Die unterzeichneten namhaften Juristen haben gelegentlich der Essener Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung gegen die Todesstrafe folgende Entschliessung gefasst und der Öffentlichkeit übergeben:

"Aus Anlass der gegenwärtigen Lage der Reform der Strafgesetzgebung Deutschlands erklären die unterzeichneten Theoretiker und Praktiker des Strafrechts, dass es der schweren Verantwortung über eine Grundfrage des künftigen Strafrechts widersprechen würde, wenn die Frage der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe unter dem Eindruck von Einzelfällen entschieden würde. Bei der Stellung zur Todesstrafe offenbart sich die Grundhaltung des Strafrechts. Zum Schutz von Staat und Gesellschaft gegen die schärfste Form gemeingefährlicher Kriminalität sind entsprechend den heutigen kriminalpolitischen Forderungen unbestimmte Verurteilung oder Sicherungsverwahrung die gebotenen Massnahmen. Der Todesstrafe bedarf es nicht. Ihre Beibehaltung würde ein verhängnisvoller Widerspruch gegen die Ansätze bedeuten, auch im Strafrecht an die inneren Kräfte eines sozialen Wiederaufbaus anzuknüpfen."

Professor Dr. Aschaffenburg, Professor Dr. Bellachrist-Hamburg, Justizrat Dr. Drucker, Oberreichsrat Dr. Frede-Weimar, Professor Dr. Goldschmidt-Berlin, Professor Dr. Grünhut, Oberverwaltungsrat Dr. Hagemann-Berlin, Lenka v. Körber-Leipzig, Dr. Krieb-Untermassfeld, Justizrat Dr. Löwenstein-Berlin, Prof. Dr. Mittermeier-Giessen, Prof. Dr. Radbruch-Heidelberg, Landgerichtsrat Sachs-Berlin, Prof. Dr. Eberhardt Schmidt-Hamburg, Prof. Dr. Erik Wolf-Freiburg i.Br.

SPD. Im Juni werden in der Schweiz zwei grosse sozialistische Grenzlandtreffen vor sich gehen, an denen auch die deutsche Arbeiterschaft beteiligt sein wird. Am 14. Juni wird in St. Gallen eine Massenzusammenkunft der Sozialisten der Bodensee-Uferstaaten abgehalten, bei der als Redner u.a. Staatsminister Remmele-Karlsruhe vorgesehen ist. Am 21. Juni werden in Basel die in der oberrheinischen sozialistischen Vereinigung zusammengefassten Arbeiterorganisationen Ober-Badens, des Ober-Elsass und der Nordwest-Schweiz gegen das Krisenelend und gegen den Krieg demonstrieren. Als deutscher Redner wird Dr. Breitscheid sprechen.

SPD. Heiligenhafen, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Erbitterung über den Nazi-Pastor Nissen, der dieser Tage Gewalttaten der Nazis durch sein öffentliches Verhalten billigte, hat bisher zu über 50 Kirchenaustritten geführt. Zeitweise standen die Gegner des Pastors vor dem Amtsgericht Schlange.

SPD. Im Norden Berlins wurde am Freitag nachmittag von 10 jungen Bursche ein Lebensmittelgeschäft geplündert. Die Plünderer, die auf Rädern erschienen, bedrohten zunächst die Verkäufer und nahmen dann alles, was sie an Konserven, Würsten, Backwaren und anderen Lebensmitteln ergreifen konnten, an sich. Dann rissen die Plünderer getrennt aus, sodass es dem Ueberfallkommando bis Freitag abend nicht gelang, ihrer habhaft zu werden.

Aus aller Welt

Lappland auf der Zugspitze.

Renntiere und Polarhunde in Oberbayern.

SPD. Garmisch, Ende Mai (Eig. Ber.)

"1:4" steht lakonisch auf der kleinen Tafel, die dem Reisenden der bayrischen Zugspitzbahn das Steigerungsverhältnis angibt - auf vier Meter Wegstrecke der Zahnradbahn also ein Meter Steigung. Auf schmalem Gleis, an den Felsen geklebt, schieben sich die Wagen hinauf zu Deutschlands höchstem Gipfel dessen Bezwingung noch vor ein paar Jahrzehnten eine waghalsige Glanzleistung der Hochtouristik bedeutete. Jetzt sitzt man auf bequemen Polstern, unten zieht ein märchenhaftes Panorama von Bergen, Tälern und Seen vorbei, und kaum ein sanfter Druck des Körpers gegen die Rückenlehne zeigt uns an, welche Höhenunterschiede in jeder Sekunde überwunden werden...

Taucht man aus dem letzten Tunnel, aus dem in Stein und Fels gesprengten Bahnhof auf, dann steht man dreitausend Meter über dem Erdboden. Das Herz klopft schneller, die Lunge muss sich erst an den veränderten Druck der Atmosphäre gewöhnen. Hier herrscht ein anderes Klima, andere Lebensbedingungen der Organismen: und dies war der Grundgedanke eines der merkwürdigsten Experimente, das nunmehr allerdings etwas unrühmlich zu Ende gehen soll...

Die Direktion der bayrischen Zugspitzbahn liess sich aus dem nördlichsten Lappland einen Waggon Renntiere und einen ebensolchen mit Polarhunden kommen. Die sieben Renntierwallache und der Renntierbock samt den zwanzig Polarhunden wurden stappenweise befördert, da man bei einem ähnlichen Experiment im Kaukasus die Erfahrung machen musste, dass die Tiere bei allzu schnellem Klimawechsel eingehen. Deshalb wurden sie zuerst in den Münchner Tierpark, dann an den Eibsee am Fuss der Zugspitze und schliesslich auf das Zugspitzplatt selbst zum "Schneeferner", gebracht. Die Tiere, die seit Dezember vorigen Jahres dort oben in einer eigenen Farm hausen, haben sich mit ihrer neuen Heimat recht gut abgefunden, wenn sie sich auch nur schwer an die Menschen gewöhnen konnten; so begrüsst die Polarhunde ihren Wächter am ersten Tag damit, dass sie ihm an den Hosenboden sprangen... Deshalb wurde auch eine Anzahl Lappländer mitgenommen, die sich mit den Tieren ihrer Heimat natürlich besser auskennen als die gescheitesten Zoologen.

Man glaubt sich in ein fremdes Land versetzt, wenn man den kurzen Weg vom Schneefernerhotel über die auch im Sommer weissglitzernde Fläche zur Renntierfarm zurückgelegt hat. Pelzvermummte Lappländer mit dunklen Schlitzaugen und gelber faltiger Haut begrüssen den Besucher in gebrochenem Deutsch. Hinter niedrigen Holzgattern stehen die hirschartigen Tiere mit ihrem dünnen Geweih, kleine Glocken hängen an ihren Halsbändern, damit man sie wiederfindet, falls sie sich im einfallenden Nebel einmal verlaufen. Nebenan tollen schwarze Hunde mit dickem Fell und kurzen Schnauzen. In der "Garage" der Farm jedoch stehen Reihen von Schiern an den Wänden, und kleine Schlitten, die wie Einbaum-Kanus aussehen, warten auf Gäste.

Dies aber ist der einzige, jedoch entscheidende Fehler in der Kalkulation des Polar-Experiments auf der Zugspitze gewesen. Die Tiere wurden hinaufgebracht in der Absicht, sie wie in Lappland zu Schijörings und Schlittenfahrten zu verwenden, und man rechnete mit dem starken Interesse der Zugspitzbesucher - genauer gesagt, mit einer tüchtigen Portion Snobismus, die dazugehört, Lust auf Renntier- und Polarhundausflüge in 3 000 Meter Höhe zu

verspüren, ganz abgesehen von dem ebenso notwendigen dicken Geldbeutel. Aber sei es, dass der höhenlufthungrige Naturfreund sich lieber ruhig auf die Hötelterrasse legt, um sich von der Höhensonne bräunen zu lassen - sei es, dass der Durchschnittsgeldbeutel von heute höchstens für einen Schoppen Bier, nicht aber für ein Rentier-Schijöring ausreicht: jedenfalls hatten die Rentiere und Polarhunde ein ziemlich müheloses und arbeitsarmes Dasein. Man hat sich daher entschlossen, die Farm aufzugeben und die Tiere preiswert dem nächstbesten Interessenten zu verkaufen. Es ist anzunehmen, dass sie im nächsten Winter wieder ihre arktische Heimat wiedersehen oder hinter den Drahtgittern eines Zoologischen Gartens von ihrer Reise in den ewigen Schnee der Zugspitze träumen werden...

Ela.

+ + +
Frauenmord in Berlin. In der Nacht zum Freitag wurde in einem Hause in Berlin O. die 51 jährige Witwe Klara Richter durch Beiliebe ermordet. Bereits nach wenigen Stunden gelang die Festnahme des Täters, eines 54 jährigen Schlossers namens Emil Hermann. Hermann legte ein Geständnis ab, bestreitet aber, die Tat mit Vorsatz begangen zu haben. Hermann und Frau Richter unterhielten ein Liebesverhältnis. Als Frau Richter erfahren hatte, dass Hermann mittellos sei, wies sie ihn ab. Ob der Mord tatsächlich im Verlaufe eines Streites im Affekt begangen wurde, bedarf noch der Klärung.

+ + +
Der Abtransport des Piccard-Ballons. Auf dem Gurgl-Ferner bei Ober-Gurgl, dem Landungsort des Piccard-Ballons, hat die Bergungsmannschaft bereits mit dem Abtransport der Ballonhülle begonnen. Es sind bei dieser Arbeit grosse Schwierigkeiten zu überwinden. Die Ballongondel wurde am Freitag nachmittag unter amtlicher Aufsicht geöffnet. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Gondel zur Erinnerung an die glückliche Landung in Ober-Gurgl bleibt.

+ + +
Uralzeffs Komplizen. Im Dresdner Uralzeff-Prozess kam der Hauptangeklagte am Freitag nochmals auf die Verwertung der Sicherheiten durch die Raiffeisenbank zurück. Er versuchte klar zu machen, dass die Bank noch Möglichkeiten einer guten Nutzung von den Unternehmungen Uralzeffs gehabt hätte, dass sie aber späte Gelegenheiten verpasste und seinen Besitz in Versteigerungen verschleuderte. Ferner wurde R.A. Dr. Steinmetz-Kassel vernommen. Dr. Steinmetz ist mit Uralzeff durch den Mitangeklagten Bedenk bekannt geworden. Steinmetz verhalf Bedenk dazu, dass dieser sich nach der Flucht aus dem Gefängnis im Jahre 1929 lange Zeit der Polizei entziehen konnte. Steinmetz durfte sich dafür an den zum Teil sehr finsternen Geschäften des Bedenk beteiligen. Von Bedenk selbst erfuhr man, dass er in Berlin eine nationalsozialistische Gruppe leitete. Im übrigen bemühte sich Bedenk heftig um den Nachweis, dass er in der Reihe der Angeklagten der einzig anständige Mensch wäre - woraufhin der Vorsitzende aus den Akten feststellte, dass Bedenk verschiedentlich wegen Betrug, Urkundenfälschung usw. vorbestraft ist.

+ + +
Wieder ein Geldbriefträger überfallen. In Königsberg/Preussen versuchten zwei Männer, einen Geldbriefträger zu überfallen und ihn seiner Tasche, deren Tragriemen sie in Blitzeiseile durchschnitten hatten, zu berauben. Der Briefträger hielt die Tasche jedoch, die etwa 9 000 Mark enthielt, so krampfhaft fest, dass der Raubversuch misslang. Die Täter entflohen auf einem bereitstehenden Motorrad.

+ + +
Neuer Dauerflugrekord. Die amerikanischen Flieger Loes und Brossy hielten sich über Jacksonville (Florida) ohne Brennstoffergänzung 84 Stunden 33 Minuten in der Luft, womit ein neuer Dauerflug-Weltrekord aufgestellt ist. Die Flieger legten in ihrem mit einem Diesel-Schwerölmotor ausgerüsteten Flugzeug die Strecke von 10619 Kilometern zurück.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Vom Lohn= zum Sozialabbau.

SPD. "Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Arbeiter und Angestellten im letzten Jahr bereits sehr grosse Opfer auf den verschiedensten Gebieten gebracht haben". Mit diesem Satz schliesst der Reichsarbeitsminister eine neue sozial= und lohnpolitische Betrachtung, die er in einer Besprechung mit dem Berliner Vertreter eines rheinischen Blattes gegeben hat. Darf man nun aus diesem Satz des Reichsarbeitsministers die Schlussfolgerung ziehen, dass mit der einseitigen Belastung der Massen nun Schluss gemacht wird?

Der Reichsarbeitsminister hat in seinem Interview ausdrücklich betont, dass eine zweite allgemeine und generelle Lohnsenkungswelle durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen in nächster Zeit nicht mehr durchgeführt werden könne, und in der Presse wird dieser Hinweis des Ministers als ein Versprecher nun mit dem Lohnabbau Schluss zu machen, aufgefasst. Wir sind misstrauisch. Gewiss kann der Reichsarbeitsminister jetzt nicht mehr wie bisher und im bisherigen Tempo und Ausmass die Löhne abbauen; denn Lohnabbau und Sozialabbau wäre wirklich zu viel des - Schlechten, und den Sozialabbau, d.h. eine "grundlegende Reform der Sozialversicherung" hat ja der Reichsarbeitsminister in seinem Interview bereits ausdrücklich angekündigt. Aber wir sehen noch kein Ende des Lohnabbaus. Schon die Gerüchte über die Einführung einer "Beschäftigungssteuer" sind reichlich verdächtig. Ist denn eine Beschäftigungssteuer im Grunde genommen etwas anderes als eine Art kalter Lohnabbau? Sie wird mit dem Hinweis dass Arbeit heutzutage ein grosses Glück bedeute, den Massen schmackhaft gemacht. Die Nocharbeitenden sollen, so heisst es, froh sein, wenn sie für die Arbeitslosen zahlen dürfen. Nur wird bei dieser Empfehlung vergessen, dass alle die selbständigen Existenzen, die auch das Glück haben, noch existieren zu dürfen, von einer Beschäftigungssteuer nicht betroffen werden. Im übrigen hat ja der Minister in seiner Bilanz des bisherigen Lohnabbaus ausdrücklich betont, dass an den im Tarifvertrag zulässigen Akkordlohnsenkungen und an den vom Tarifvertrag erfassten Löhnen im letzten Jahr eine Mitwirkung der amtlichen Schlichtungsorgane etwa doppelt so hohe Lohnkürzungen erfolgten, als sie durch die amtlichen Schiedsstellen ausgesprochen wurden. Man sieht, dass das Unternehmertum auch ohne amtliche Schlichtung in einer Krise sehr gründlich die Löhne kürzen kann. In unzähligen Fällen sind geradezu drakonische Lohnsenkungen gegenüber Arbeitern und Angestellten durchgeführt worden, von denen die Öffentlichkeit nie etwas gehört hat, und mit denen sich keine Schlichtungsinstanz beschäftigte. Wenn also jetzt sozusagen offiziell Abschluss des Lohnabbaus angekündigt und damit für den Beginn des Sozialabbaus gut Wetter gemacht wird, dann darf sich die Arbeiterschaft dadurch nicht einlullen lassen.

Der Sozialabbau kommt von selbst - sagt der Reichsarbeitsminister. Kein Sozialreaktionär brauche ihn zu fordern, die Einnahmedürre habe eben auch bei der Sozialversicherung bereits eingesetzt. Eine Aufrechterhaltung des bisherigen Sozialversicherungsstandards zwingt zu einer Beitragserhöhung um etwa 5 bis 6 Prozent, was für die Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft eine wahre Unmöglichkeit sei. Dass auch die Sozialversicherung von der Wirtschaftskatastrophe betroffen wurde, ist nichts Neues. Sie ist durch die Dauerarbeitslosigkeit und nicht zuletzt auch durch den Lohnabbau beschleunigt worden. Allein mit der Feststellung, ohne neue empfindliche Beitragserhöhung müssten die Hungergrossen der Rentner und Arbeitslosen noch mehr gekürzt werden, ist das Problem nicht erfasst und nicht gelöst. Die Sozialversicherung ist - muss man das

immer wieder betonen? - auf Normalrisiken aufgebaut. Wie es nie eine Krise der Arbeitslosenversicherung, sondern nur eine Krise des Arbeitsmarktes gegeben hat, so gibt es auch keine Krise der Sozialversicherung. Die Sozialversicherung ist besser als ihr Ruf. Die Wirtschaft ist krank, weil das Wirtschaftssystem des Kapitalismus die Völker in eine Sackgasse geführt hat. Jedenfalls ist so viel richtig: es besteht eine allgemeine Not, und deswegen kann man der Sozialversicherung gegenüber ebensowenig wie der Arbeitslosenversicherung gegenüber nun einfach erklären: mehr als in deinem Topf ist, kann nicht gegeben werden. Nein, die Allgemeinheit muss, soweit ihr das möglich ist, auch für die Sozialversicherung gerade stehen.

Das Problem der Sozialversicherung ist aber, so ernst es auch sein mag, nicht das brennende Problem der Stunde. Der Abgrund, der alles zu verschlingen droht, ist nach wie vor die Arbeitslosenfrage. Schade, dass der Minister über diese Frage nicht bereits ein paar genauere Angaben machen konnte, damit das Rätselraten aufhört.

Die Reichsregierung muss sich darüber klar sein, dass das von uns einleitend zitierte Wort des Reichsarbeitsministers, wonach die Arbeiter und Angestellten bereits sehr grosse Opfer gebracht haben, vielleicht nicht beim Unternehmerwohl aber bei der Arbeiterschaft auf sehr hellhörige Ohren stösst. Gerechtigkeit - in der lastenverteilung fordern die Arbeiter. Ungerechtigkeit war nie ein haltbares Fundament für eine Regierung.

SPD. Das Scheitern der Verhandlungen zur Beilegung des Streiks in der nordfranzösischen Textilindustrie hat in der Arbeiterschaft eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, da man allgemein ein günstiges Ergebnis erwartet hatte. Die Arbeiter haben sich aber dadurch nicht aus der Ruhe bringen lassen. Das Streikkomitee der sozialistischen Gewerkschaften hat die Haltung der Arbeitervertreter einstimmig gebilligt. Man nimmt allgemein an, dass die Verhandlungen mit der Regierung bald wieder aufgenommen werden und hofft besonders auf die Intervention des Ministerpräsidenten selbst.

Abgesehen von einem unbedeutenden Zwischenfall in Watrelas, wo ein belgischer Arbeiter von Streikenden ins Wasser geworfen wurde, ist die Ruhe im Streikgebiet bisher nirgends gestört worden.

SPD. Der Lohnabbau ist noch immer nicht zu Ende. So haben z.B. in der niederschlesischen Kalkindustrie die Arbeitgeber den Lohn tarif zu Ende Mai gekündigt. Ihre Forderungen sind alles andere als bescheiden. Von dem Ecklohn in Höhe von 66 Pfennig, d.h. von dem Lohn für ungelernete Arbeiter über 22 Jahre wollen sie "nur" 12 Pfennig pro Stunde abgebaut haben. Alles in allem würde die Erfüllung der Wünsche des Arbeitgeberverbandes einen Lohnabbau von rund 20 % bedeuten.

Sind die Kalkpreise auch um 20 % abgebaut worden? Wenn wir nicht irren, dann hat eine Arbeitgeberfachzeitschrift sogar eine Erhöhung der Kalkpreise gefordert. Doch das nur nebenbei. Tatsache ist jedenfalls, dass die Produktivität der Kalkindustrie in den letzten Jahren enorm in die Höhe ging. Den Profit daraus haben die Arbeitgeber restlos allein eingesteckt und jetzt möchten sie noch einen Extraprofit durch Lohnabbau haben.

Wann werden die Arbeiter endlich so schlau werden, wie die Unternehmer. Noch viele Kalkarbeiter sind unorganisiert. Infolgedessen glauben die Unternehmer im Handumdrehen ihre Wünsche durchdrücken zu können.



Der Bausparkassenskandal.

(Von Dr. Karl Brockschmidt.)

SPD. Es ist jetzt ein Jahr her, dass die freien Gewerkschaften in einer eingehend begründeten Entschliessung die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allem Nachdruck vor den Bausparkassen gewarnt haben. Sie wiesen darauf hin, dass die Verhältnisse in der seit 1924 in Deutschland entstandenen Bausparkassenbewegung zwangsläufig einer Katastrophe entgegentreiben müssen, weil diese neuartigen, als soziale Heilmittel gegen die Wohnungsnot der unteren Bevölkerungsschichten gepriesenen Unternehmungen auf falschen, ungesunden Grundlagen beruhen.

Die Entwicklung hat ihnen nur zu bald Recht gegeben. Von den rund 300 Bausparkassen, die in den letzten Jahren wie die Pilze aus den Boden schossen, sind bereits 35 Institute zusammengebrochen. Auf den skandalösen Konkurs des von einem ehemaligen Zuchthausler gegründeten Heimstättenbaubundes in Halle folgte der Krach bei der den Nationalsozialisten nahestehenden Frankfurter Bausparkasse "Selbsthilfe der Arbeit", deren "Siegeszug zur Befreiung Deutschlands von der Zinsknechtschaft" mit dem Konkurs endete, der Tausenden von Kleinsparern ihre letzten Spargroschen - insgesamt rund 15 Millionen Mark - kostete.

Das neuste Glied in dieser Skandalreihe ist die Zahlungseinstellung bei einer der grössten deutschen Bausparkassen, der Devaheim (Deutsche evangelische Heimstättengesellschaft m.b.H.), und ihren Konzernunternehmungen. Zu dem mit Unterstützung des Zentralausschusses für innere Mission gegründeten Konzern der Devaheim, in dem die Bau- und Siedlungsinteressen der evangelischen Kirche zusammengefasst sind, gehören ausser der Devaheim drei weitere Gesellschaften, die Baugenossenschaft des deutschen evgl. Volksbundes e.G.m.b.H., die Deutsche Heimstätten- und Bodenkredit-Anstalt gem.A.G. und die Deutsche Entschuldungs- und Zweckspar-Aktiengesellschaft (Deutzag).

Nachdem vor mehreren Wochen die dem Baukonzern der evangelischen Kirche nahestehende Baugesellschaft "Stephansdach" in Schwierigkeiten geriet, müssen die Devaheim und die Deutzag jetzt ihren rund 21 000 Bausparern, zu denen viele christliche Arbeiter zählen, mitteilen, dass sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können.

Die Sparereinteressen, die hier auf dem Spiel stehen, werden durch die eigenen Angaben dieser Gesellschaften über ihren Entwicklungsstand am 31. Dezember 1930 gekennzeichnet: Danach hatte die Devaheim 15 678 Mitglieder und Bausparern, mit denen Bausparverträge über 135,59 Millionen Mark abgeschlossen waren. Rund 10 Millionen Mark waren bereits als Einzahlungen geleistet. Die 5 489 Bausparern der Deutzag hatten auf Bausparverträge von rund 96 Millionen Mark insgesamt 5,4 Millionen Mark eingezahlt.

Die Ursachen des Zusammenbruchs sind verschiedenartigster Natur! An der Spitze dieses Unternehmens, dessen Geschäftspläne und dessen organisatorischer Aufbau bereits vor 3 Jahren von einem Führer der Baugenossenschaften, Professor Sievert, auf das schärfste kritisiert wurden, standen Personen, die ausserordentlich geringe Erfahrungen in der Führung schwieriger Sparkassengeschäfte hatten und auch rein persönlich zur Leitung eines solchen Unternehmens wenig geeignet

waren. Auf zweifelhafte Grundstücksgeschäfte in Berlin=Lichterfelde und Vetterwilsdorf wurde bereits vor zwei Jahren in der Öffentlichkeit hingewiesen. In hunderten von Fällen hat man sich bei Bausparzuteilungen nicht an die satzungsgemässen Bestimmungen gehalten, sondern Baukredite und Hypotheken an Prominente des evangelischen Vereinslebens gegeben, die bei ordnungsgemässer Durchführung des Geschäftsplans noch keinerlei Zuteilungen beanspruchen dürften. Zahlreichen Baulustigen wurden Vorschüsse auf Hauszinssteuermittel gegeben, deren Bewilligung ausgeblieben ist. Für Eigenheime wurden Hypotheken in einer solchen Höhe bewilligt (90 - 95 % des Bau- und Bodenwertes), dass die Gelder zwangsläufig gefährdet wurden. Voreilige Zusagen für Bausparzuteilungen (bei 10 Millionen Mark Einzahlungen wurden 15 Millionen Mark von der Devaheim zugesagt) haben die Schwierigkeiten vermehrt. Vorläufig ist es mehr als ungewiss, ob und in welchem Masse die jahrelangen Ersparnisse der kleinen Bausparer bei der Devaheim, die sich jetzt um den Anschluss an die den katholischen Organisationen nahestehende grösste deutsche Bausparkasse, die "Gemeinschaft der Freunde" bemüht, gesichert werden können.

Der Zusammenbruch des Devaheimkonzerns ist ein Warnungssignal. Wenn weitere schwerwiegende Schäden für breite Sparerschichten vermieden werden sollen, so muss energischer als bisher an die Durchführung einer wirksamen Staatsaufsicht über die Bausparkassen gegangen werden. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen über das Bausparwesen, denen der Reichstag gegen Ende seiner letzten Sitzungsperiode zustimmte, sollen am 1. Oktober 1931 in Kraft treten. Vorläufig sind jedoch noch nicht die Mittel bewilligt worden, die die Aufsichtsbehörde, das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, unbedingt für den Beginn ihrer Arbeiten auf diesem Gebiete benötigt. Der Kladderadatsch der Devaheim hat auch bürgerliche Kreise von der Richtigkeit der von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderung einer Ausgestaltung der Bausparkassengesetzgebung in der Richtung materieller Vorschriften über die Propagandaformen, die Geschäftsverfahren und die Sicherung der Spargelder durch Festsetzung von Beleihungsgrenzen für Bauhypotheken überzeugt. Es ist gewiss wichtig, den Sparer durch die Staatsaufsicht vor unlauteren Elementen zu schützen, von denen das Bausparkassenwesen jetzt durchgesetzt ist. Dabei darf die Gesetzgebung jedoch nicht stehen bleiben. Sie muss den Sparer sichern gegen den Unfug der Wettsparg- und Schneeballsysteme bei den meisten Bausparkassen, in denen stets der Kapitalstärkere vor seinen ärmeren "Spargenossen" siegt und den letzten die Hunde beiessen; sie muss mit den langen Spar- und Wartezeiten, die jetzt bis zu 68 Jahren (!) gehen, aufräumen und damit das Lotteriespiel um Baudarlehen, auf dem jede Bausparkasse beruht, eindämmen. Sie muss zugleich durch Vorschriften über die Propagandaformen der Bausparkassen Sicherungen gegen die Verführung von Baulustigen durch die masslosen Versprechungen der Bausparinstitute und ihrer Vertreter schaffen. Nur so können die Sparer vor ihren eigenen Illusionen und vor der Spekulationswut, die viele zum Abschluss eines Bausparvertrages veranlasst, geschützt werden.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat bereits dazu geführt, dass ein grosser Prozentsatz der Bausparer nicht mehr imstande ist, die vertraglichen Ratenzahlungen zu leisten. In weiten Bausparerkreisen setzt sich immer stärker die Erkenntnis über die tatsächlichen langen Wartezeiten bis zur Auszahlung der gewünschten Baukapitalien, die hohen Lasten des Bausparens und die enormen Gewinne der Bausparkassen (die 1929 bei der Gemeinschaft der Freunde das Achtfache des Gesellschaftskapitals betragen) durch. Die damit einbrechende Vertrauenskrise in der Bausparbewegung muss zwangsläufig zu weiteren Zusammenbrüchen führen.

Die Erfahrungen der vielen Bausparer, die als Verlierer in dem Lotteriespiel der Bausparkassen um ihre letzten Spargroschen bangen, sind denjenigen, die immer noch geneigt sind, in den kollektiven Bausparsystemen ein neues Wirtschaftswunder zu erblicken, eine deutliche Lehre: Hände weg von Bausparverträgen!

SPD. Welche überaus schädlichen Auswüchse die uneingeschränkte wirtschafts-
schaftliche Monopolstellung einzelner Kartelle und Syndikate hat, beweist fol-
gender Vorgang:

Eine der grössten Kohlenhandlungen in Stuttgart bemüht sich schon seit Jahren darum, mit Ruhrkohle beliebert zu werden. Da diese Firma es aber, und zwar aus sehr gerechtfertigten Gründen, ablehnt, sich dem vom Kartell kontrollierten und an seine Preisfestsetzung gebundenen Süddeutschen Kohlenwirtschaftsverband und Stuttgarter Kohlenhändlerverband anzuschliessen und Wert auf die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit legt, erhält sie seit dem 14. Juni 1928 keine Ruhrkohle, obwohl das Kartell die gesetzlich erforderliche Einwilligung zur Durchführung dieser Sperre beim Vorsitzenden des Kartellgerichtes überhaupt nicht eingeholt hat. Von besonderem Interesse ist nun, dass das von der Stuttgarter Firma zum Schutz ihrer Interessen angerufene Reichswirtschafts-
ministerium trotz der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Uebermacht nichts tut, um die gegen die Firma eingeleitete ungesetzliche Material-, Zufuhr-, Kunden- und Kreditsperre unwirksam zu machen und gegen ihre Urheber mit exemplarischen Strafen vorzugehen.

Dabei wird der Kampf gegen die Firma vom Kartell und den von ihm abhängigen Verteilungsstellen mit Mitteln geführt, die, schon für sich betrachtet, eine schamlose Verletzung des einfachsten kaufmännischen Anstandes darstellen. Seit vielen Jahren beliebert die Firma die Beamten einer bekannten grossen Lebensversicherungsanstalt mit Sonderpreisen, die durchaus gerechtfertigt sind, weil durch diesen Liefervertrag ein wertvolles Bestandteil des Umsatzes der Firma sichergestellt ist. Um auch in diesem Fall die Kundensperre durchführen zu können, hat das Kartell an die Direktion der Versicherungsanstalt - erfreulicherweise ohne Erfolg - geschrieben, dass es die in die Millionen gehenden Versicherungsverträge im ganzen Reich, auf die es Einfluss habe, kündigen werde, falls ihre Beamten ihre Brennmaterialien noch weiter von der vom Kartell verfolgten Firma beziehen würden.

Abgesehen von der moralischen Seite der Sache ist noch die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Vorgänge zu würdigen. Auf den Lagerplätzen im Ruhrgebiet liegen zurzeit 12 Millionen Tonnen Kohlen. Da die Firmen, die es ablehnen, sich der Verfügungsgewalt des Kartells willenlos auszuliefern, trotz aller Bemühungen hiervon nichts erhalten, so sind sie gezwungen, zum Ersatz dafür ausländische Kohle zu beziehen. Das hat zur Folge, dass z.B. Holland, von dem im Jahre 1913 nur erst knapp zwei Millionen Tonnen Kohle den Rhein hinauf nach Süddeutschland befördert wurden, jetzt bereits über 12 Millionen Tonnen dort hin absetzt. So wird lediglich wegen des Wirtschaftsterrors der Kartelle die deutsche Handelsbilanz in einem Falle verschlechtert, wo ein sachlich begründeter Anlass dazu nicht gegeben wäre. Ist es wirklich die Aufgabe der Reichsregierung, über einen solchen Unfug noch weiterhin ihre schützende Hand zu halten?

Berliner Milchpreise

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 29.5. bis 4.6.: für A-Milch 17,6; B-Milch 10,6, tiefgekühlte Milch 18,01, molkereimässig bearbeitete Milch 19,35. Die A-Milchmenge ist auf 120 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Kleinverkaufspreis ab Laden oder Wagen 30 Pfennige.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: In der Ausgabe des Deutschen Reichsanzeigers vom Sonnabend, den 30. Mai 1931 (Nr. 123), erscheint der Steuerkurszettel auf den 31. Dezember 1930, der für die Vermögenssteueranlagung für 1931 massgebend ist. Gegen die in dem Steuerkurszettel festgesetzten Steuerkurse kann binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat, also in der Zeit bis spätestens 30. Juni, Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch ist an den Reichsminister der Finanzen (nicht an den Reichsrat oder andere Behörden) zu richten. Die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen läuft vom 15. bis 30. Juni 1931. Den Pflichtigen werden die Vordrucke für die Abgabe der Erklärungen bis zum Beginn der Frist zugesandt werden.

SPD. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 30. April 1931 sind in Preussen 709 769 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrts-erwerbslose gezählt worden gegenüber 682 564 am Ende des Vormonats, sodass sich eine Zunahme um 27 205 Wohlfahrtserwerbslose ergibt, die somit die März-Zunahme (17 456) wieder erheblich übersteigt. Seit Ende September 1930 hat sich die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 262 566 oder 58,7 v.H. erhöht. Durchschnittlich entfallen im Staat jetzt 18,6 Wohlfahrtserwerbslose auf 1000 Einwohner. Berücksichtigt man ferner die am letzten Stichtag unterstützten 20 326 vom Arbeitsamt nicht anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen, bei denen zumeist die Anerkennung nur am Stichtage noch nicht ausgesprochen gewesen ist, so beträgt die Gesamtzahl der in Preussen Ende April von den Bezirksfürsorgeverbänden oder Gemeinden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen rund 730 000. Von der Zunahme im Berichtsmonat werden besonders die Grosstädte betroffen, während bei den kreisangehörigen Städten und Landgemeinden erstmalig ein geringer Rückgang der Wohlfahrtserwerbslosenzahl festzustellen ist.

SPD. Die Wirtschaftskrise zeigt jetzt stärkere Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegung. Nach der preussischen Statistik gingen die Eheschliessungen zurück. Im verflossenen Jahre haben im Freistaat Preussen 350 340 Paare geheiratet gegenüber 365 221 im Jahre 1929 und 362 017 im Jahre 1928. Das bedeutet einen Rückgang von 9,3 für je Tausend der Bevölkerung in den Jahren 1928 und 1928 auf 8,9.

Der seit dem Krieg zu verzeichnende Geburtenrückgang hat sich selbstverständlich im Krisenjahr verstärkt. Die preussische Statistik stellt für 1930 nur 713 099 Geburten - das sind 18 pro Tausend der Bevölkerung - fest. 1929 waren es 725 299 (= 18,5 pro Tausend) und in dem guten Konjunkturjahr 1928 sogar 749 499 (= 19,2 pro Tausend). Gegenüber 1913 (Geburtenzahl = 28,1 pro Tausend) haben sich die Geburten um nicht weniger als 36 Prozent verringert.

SPD. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia, die dem Preussischen Staat gehört, hat für das verflossene Geschäftsjahr einen Betriebsgewinn von rund 5,76 Millionen Mark erzielt. Die Abschreibungen sind auf 6,23 Millionen Mark festgesetzt worden, sodass sich buchmässig ein Verlust von nicht ganz einer halben Millionen Mark ergibt. Die Dividende, die im vorigen Jahr 5 % betrug, fällt aus.

Alte Ware mehr angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 29.Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Freitag eine gewisse Befestigung der Tendenz für Brotgetreide durchsetzen. Im allgemeinen ist man wohl der Ansicht, dass die Preisrückgänge als übertrieben gelten können. Allerdings war eine starke Umsatztätigkeit nicht zu verzeichnen und die Zurückhaltung hielt im allgemeinen an. Juliweizen wurde um 4 Mark höher bewertet und auch Herbstlieferungen konnten eine gewisse Belastung erfahren, da das Angebot etwas zurückgegangen ist. Effektive Ware wurde um 1 bis 2 Mark höher bewertet. Für Roggen zeigten sich am Markte der Zeitgeschäfte Preisgewinne von 1 1/2 bis 2 Mark. Alte Ware ist etwas stärker angeboten; jedoch halten sich die Mühlen weiter zurück, sodass hier unveränderte Preise erzielt werden konnten. Auch darin war, wie schon bemerkt, das Geschäft sehr klein. Am Mehlmarkt war irgendwelche Bewegung nicht festzustellen. Die Käufer erwarben nur das notwendigste Material und daher blieb die Umsatztätigkeit sehr klein. Hafer hatte stetige Tendenz; der Umsatz blieb klein, da die Forderungen der Eigner schwer durchzusetzen waren.

	<u>28.Mai</u>	<u>29.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	272 - 274	272 - 274
Roggen	200 - 202	200 - 202
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	227 - 240	222 - 236
Hafer	189 - 193	189 - 193
Weizenmehl	33,00-38,25	33,00-38,25
Roggenmehl	26,50-28,25	26,50-28,25
Weizenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00
Roggenkleie	14,25-14,50	14,00-14,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 280½-281½ (Vortag 280), Juli 287-286½ (283), September 242 plus Brief (239). Roggen Mai 215-216 (214), Juli 196 (194½), September 186½ (184). Hafer Mai - (200), Juli 201-200½ Brief (200), September 172-170½ (169).

Berliner Viehmarkt.

(29.Mai 1931)

SPD. Die Märkte waren durchweg gut beschickt, besonders der Schweine- und der Hammelmarkt. Bei anfangs glattem Geschäft flaute der Handel später ab. Die Preise gaben auf der ganzen Linie nach.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 46-47 (48-49), b. 240-300 Pfund 47 (48-49), c. 200-240 Pfund 46-47 (48-49), d. 160-200 Pfund 44-46 (45-48), e. 120-160 Pfund 42-43 (42-45). Sauen 42 (42-44). Schafe: a. 43-46 (46-48), b. 40-42 (42-45), c. 32-38 (36-40). Kälber: b. 65-75 (68-75), c. 48-65 (52-67), d. 35-45 (35-46). Kühe: a. 32-38 (31-38), b. 26-31 (26-30), c. 21-25 (21-25), d. 17-20 (18-20).

Kartoffelnotierungen.

SPD. Gelbfleischige Speisekartoffeln 4 bis 4,30, weiße Speisekartoffeln 1,90 bis 2,10, rote Speisekartoffeln 2,35 bis 2,55, blaue Speisekartoffeln 2,75 bis 3. Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 29. Mai 1931.

Ein Sommertag in Bergen.^x

SPD. Unser Motorschiff "Monte Sarmiento" kehrte nach dreiwöchiger Fahrt durch die Wunderwelt der norwegischen Fjorde, durch die kalten Buchten Spitzbergens und durch die gespenstig-dunklen Schluchten der Lofoten nach Deutschland heim. Bergen, Südnorwegens grösster Handels- und Hafenplatz, war unser letzter Anlaufhafen.

Zum letzten Male strömten wir Schaulustigen auf norwegischen Boden. Vorbei ging es an den Höfen der Hanseaten, die sich hier an der Deutschen Brücke aneinander reihen und von verschwundenem Glanz und verflogener Macht deutscher Kaufherren zeugen. Ziel war uns zuerst der sehenswerte Fischmarkt von Bergen. Er ist so alt wie Bergen selbst. Und wie einst hier Nordländer in primitiven Booten ihren Fang aus den Gewässern der Nordsee heranbrachten, so ist es noch heute. Nur ist alles grösser geworden und hat mehr Tempo. Denn wo einst nur echte, reinrassige Nordländer ihren Fang gegen Produkte des Landes eintauschten, da sind heute Vertreter aller Nationen am Handel. Da kommen heute mächtige Dampfer angefahren und löschen ihren Fang. Der typische norwegische Fischer ist nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden. Sein sympathisches Seemannsgesicht wird uns immer in Erinnerung bleiben. Dazu noch die unermessliche Pracht der Nordsee. Fische und Krebse aller Art, Tiere, wie wir sie nie bisher gesehen, zeigt der Fischmarkt von Bergen. Da stört uns sommertags auch nicht der üble Geruch eines solchen Marktes.....

Bald hatten wir einen Führer gefunden, der mit uns den Floien hinauf fuhr, jenen Berg, von dem der Reisende den besten und nachhaltigsten Eindruck von der Stadt bekommt. Da lag sie zu unsern Füßen. Haus an Haus, die weite Bucht, Schiffe, Lagerhäuser und Werften. Rings um uns die sieben Berge, die der Stadt ihren Namen gaben. An ihr ranken sich die Villen geschäftstüchtiger Reeder und Kaufherren empor. Und der Prolet?

Wir machten unserm Führer eindeutig klar, dass wir etwas anderes sehen wollten als die "Sehenswürdigkeiten". Gewiss, seine Geschichte vom dänischen König Christian, der hier die begehrenswerte Düveke, ein Prachtmädel holländischer Nationalität, kennen lernte, das ihm folgte und jung noch an Gift starb - gewiss, die Historia fesselte uns wohl. Dazu, dass Christian II. darauf Rache an seinem Adel durch das Stockholmer Blutbad nahm und selber wieder dafür siebzehn Jahre lang im Verliess sass. Doch heute wollten wir wissen, wo der Prolet Bergens haust, wie er lebt und wirkt, und wie er und seinesgleichen im Klassenkampfe zueinander stehen. Arbeiterbewegung? Wir mussten unserm Führer, wie drei Wochen zuvor selbst in Hamburg, klar machen, was dieses Wort überhaupt heisse.

Tief hinter der Deutschen Brücke und drüben im Osten der Stadt fanden wir sie. Eng aneinander gedrückt stehen hier schiefe Häuser, erbaut aus dem Holzreichtum norwegischer Wälder, abgebrannt und abermals abgebrannt und doch immer wieder von dem um seine Existenz ringenden Hafenproleten neu errichtet. Dunkel und schmutziger fanden wir es hier als im berühmtesten Hamburger Gängeviertel. Da suchten wir Proleten, Gleichgesinnte.

Ein schmales Haus, das in Deutschland gar mancher nicht geschenkt nehmen würde, hier umfasste es übereinander liegend vier und fünf einräumige "Wohnungen". Was wir oben im Lande bei den Bauern staunend schon sahen, hier ganz

dasselbe: Balken unterbrechen den Raum und tragen auf Querträgern lange Bretter mit Stoff und Laken. Das ist des Proletariats Bett. Hier schlafen sie, Mann und Frau und Kinder. Eine kleine Leiter, primitiv genug, steht bereit, den allabendlichen Aufstieg zur Nachtstätte zu erleichtern. Schrank und Tisch und eine Bank, das sind die "Möbel" nordländischer "Arbeitnehmer".

Und mit dem "Arbeit nehmen" verhält es sich noch viel schlimmer als bei uns. Jeder will am Hafen und auf der Werft zu tun haben. Viele meinen, es billiger machen zu müssen als ein Organisierter, der hier als unbekannter Funktionär einen schweren Stand hat und höhnisch verlacht wird, wenn er sich aus Prinzip weigert, ein niederträchtiges Unternehmerangebot noch zu unterbieten. Akkord ist Mord! Am Hafen von Bergen unter Schauerleuten, Kohlentrimmern und Lastenträgern spürt man es deutlich. Denn Abend für Abend scheint ihnen ihr Tagesverdienst um einige Oere geringer zu sein. Abend für Abend sind sie bereit, dem Gewerkschaftler Gefolgschaft zu versprechen, um sich am andern Morgen doch aufs neue gegenseitig zu unterbieten. In den schönen Sommertagen, von denen es im regenreichen Bergen so wenige gibt, fangen die Hafenarbeiter am liebsten gleich mit der Sonne Aufgang an zu schuften, um sich beim Einlaufen neuer Fracht- oder Vergnügungsdampfer keinerlei Verdienst entgehen zu lassen. Man kennt nur schlechtbezahlte Arbeiter in Bergen. Eine gehobene Schicht gibt es nicht. Weit über ihnen stehen der Ladenschwengel, der Beamte, der Bürger. Zuoberst folgen der Reeder und der Grosskaufmann. Der Arbeiter glaubt in seiner übergrossen Mehrheit heute noch, das müsse so sein - und fügt sich!

Als wir uns unserm Schiffe zuwenden, nichts von Gewerkschaft und sozialistischer Partei mehr in Erfahrung bringen, führt uns der Weg durch die Strassen der Mädels. Das gleiche Bild wie bei uns; sei es Hamburg, Bremen oder sonst ein internationaler Hafen. Wie manche kraftvolle Gestalt unter ihnen kam hier aus den Bergen, von den weiten Hochflächen, den Fjelden! Sehnsucht trieb sie in die Ferne, Sehnsucht nach Reichtum, Unabhängigkeit und nach andern Männern als den steifnackigen und sturen dort oben vom Fjeld. Ihre Rettung war zuletzt nur ihr Körper. Von da an wollen sie nicht mehr "gerettet" sein....

Eindrücke von einem Sommertag in Bergen.....

Max Dutke.

Koko, der Affe.^x

SPD. Koko hiess das Madagaskar-Affchen, wie mir der Inhaber der Tierhandlung auf meine Frage mitteilte. Es war ganz jung gefangen und herübergebracht worden und sass nun in einem geräumigen Holzkäfig im Schaufenster des Geschäftes. Um seinen Käfig herum hingen und standen Vogelbauer mit Finken Sittichen, "garantiert echten" Harzer Rollern - und in ein paar anderen Behältnissen zwei Ringelnattern und einige entsetzlich stinkende Meerschweinchen

Koko hatte ein kleines, kluges Gesicht. Das ist bei Affen nichts Seltenes und wäre nicht weiter erwähnenswert; bei Koko aber kam hinzu, dass ausserdem noch ein merkwürdiger Ausdruck bei ihm vorherrschte, ein melancholisch überlegener Zug, gegen den man sich in irgendeiner Weise ratlos und gedrückt vorkam. Man mochte sich gegen den Gedanken wehren, ihn als verstiegen und absurd abtun wollen - es drängte sich einem doch immer wieder das Gefühl auf, dass das Tier da in dem Käfig nicht nur rein instinktiv handelte, sondern - sei es nun, dass er mit ernstem, überlegendem Gesichte da sass und die Menschen, Kinder und Erwachsenen betrachtete, die sich draussen an der Scheibe die Nase plattdrückten; sei es, dass er langsam eine Banane schälte und anfang, sie geniesserisch in kleinen Häppchen zu verzehren; sei es, dass er an der Schaukel herumturnte, die in seinem Käfig hing, - immer hatte es den Anschein, als sei jede seiner Handlungen das Ergebnis sinnvoller Überlegung, dem Bewusstsein seines Tuns entsprungen.

Übrigens turnte und spielte er wenig. der kleine Koko. Es ging ihm

schlecht; er hatte die Schwindsucht, an der so viele Affen, die in unsre Breitengrade gebracht werden, früher oder später zugrunde gehen. Meist sass er still auf seinem Heulager; manchmal hustete er und spuckte; dann hielt er sich mit beiden Händen an den Stangen fest, die seine enge Welt begrenzen.

Koko war der Liebling der Kinder, die die graue Strasse des Arbeiterviertels mit ihrem Spielen und Schreien belebten. Wie ein Magnet zog er die Neugierigen vor das Fenster; immer standen ein paar Kinder, oftmals auch Erwachsene vor der spiegelnden Scheibe und starrten auf den Affen, der mit erschrecken menschenähnlichem Ausdruck zurücksah.....

Es war stets etwas los in der Strasse, die sich wie eine trostlose via dolorosa der Armut, der Not und des Elends mit ihren grauen Häuserwänden dahin zog. Aus den Kneipen scholl Lärmen und Musikgeklirr; die Orchestrions rasselten. Spät Nachts johlten Betrunkene die Strasse entlang; durch den Lärm geweckt fuhr der schlafende Affe von seinem Lager hoch und blickte in ein verzerrtes, grinsendes Gesicht, auf eine schwankende Gestalt, die im weissen Lichte der Strassenlaterne gegen die Scheibe klopfte und sinnloses, trunkenes Zeug vor sich hin lallte. Das Tier, dessen Gesicht im Widerschein der scharfen Reflexe wie eine Maske im Halbdunkel des Schaufensters stand, blickte mit dunklen Augen auf den Menschen. Dann drehte es sich wieder um und legte sich hin.

Der Betrunkene torkelte weiter. Irgendwie stieg ein drückendes, unbestimmtes Gefühl der Scham gegenüber dem Tier in ihm hoch, das plötzlich in eine dumpfe Wut umsprang. Er kehrte um, taumelte zurück, hob die Hand, um in das Fenster zu schlagen, rutschte aus und schlug schwer hin. Nach einigen vergeblichen Versuchen, sich wieder aufzurichten, blieb er schnarchend liegen....

Die Nacht rückte weiter vor. Der Affe sass an der Scheibe und sah auf den reglos Daliegenden. Seine Augen glänzten - was mochte wohl jetzt in seinem Kopfe vorgehen? Nahmen in ihm durch Generationen überkommene Erinnerungen feste Form, die Form von Gedanken an - verdichteten sich zu Bildern von südlichen Nächten, von einem warmen, dunkelblauen Himmel, der sich wie eine unendliche Kuppel über alles wölbte - besteckt mit unzähligen, leuchtenden Zeichen ...Sternen...das Kreuz des Südens...Bildern vom Meer, das in Wellen, die im Mondlicht silbern versprühten, gegen die Küste brandet...von braunen, harmlos fröhlichen Menschen - - -

...um sich dann zu verdunkeln, umzuformen zu Schiffen, die über das Meer kommen, weissen Eroberern, die erst als Freunde, dann als Herren die braunen Inselbewohner unter ihre Gewalt zwingen, auf ihren Plantagen schuften und quälen lassen...für Geld...für blankes Gold, klapperndes Silber, schmutzige, zerfetzte Dollar- und Pfundnoten.....

Es ist, als laufe dem Affen Koko ein Frösteln über den Körper. Er hustet, dass es ihn hin und her schüttelt, und er hält sich krampfhaft an den Stangen fest. Draussen wechseln die Bilder jetzt wie in einem Kaleidoskop. Eine Schupo-Patrouille kommt mit schweren, hallenden Schritten die Strasse entlang. Sie gewahren den Betrunkenen, rütteln ihn wach und helfen ihm wieder auf die Beine. Nach einigem Hin und Her macht sich der Mann fröstelnd ernüchert auf den Weg nach Hause.

Strassenmädchen passieren in langsamem Gehen den Lichtkegel der flackernden Gaslaterne. Sie haben gebeugte Rücken und faltige, vergrämte Gesichter; ihre jugendliche und unternehmungslustige Kleidung wirkt wie ärmlicher Hohn. Sie schlenkern müde mit den Taschen, die sie in den Händen halten; wenn sie einen späten Passanten ansprechen, liegt in ihren Worten schon die Resignation gegenüber der unwilligen Antwort, die von jenem kommt. Manchmal gehen sie zu dem Wursthändler, der mit seinem blanken Nickelkessel an der Ecke steht. Dort wärmen sie sich die Hände und schimpfen....

Die Nacht vergeht. Langsam wird es Morgen. Die ersten Milchwagen rumpeln mit klappernden Kannen über das Pflaster. Verschlafen und frierend laufen die Zeitungsfrauen von Haus zu Haus. Aus der Bäckerei nebenan dringt der appetitanregende Duft von Frischgebackenem: der erste Schub Schrippen ist gerade

aus dem Ofen gekommen.

Die Sterne verblassen allmählich. Im Osten steigt ein fahler, grauer Schein hoch - der neue Tag. In der Hauptstrasse lärmt mit lautem Klingeln eine erste Strassenbahn vorbei. Eine andere Schupostreife geht langsam an den Häusern entlang. Die Beamten sprechen halblaut: "...und drei Tage hat sie dann noch gehangen, bis man sie vermisste. Der Strick hatte sich ganz tief eingeschnitten."

Der andere fragt: "Warum?"

"Ach, das alte Lied: Keine Arbeit, kein Geld - eben das ganze Elend..."

Das Sprechen verklingt. Verschlafene Männer mit Stullentaschen unter dem Arme kommen aus den Hausfluren, gehen die Strasse hinab zur Arbeit. Die Stadt erwacht....

....und in seinem Käfig im Fenster der Tierhandlung hockt der Affe Koko in der Ecke mit weit offenen, dunklen Augen, die jetzt keinen Glanz mehr haben. Er ist tot - gestorben - - auf seinem kleinen Menschengesichte liegt ein fast zufriedener Ausdruck.

Nachmittags verscharrt der Tierhändler die Leiche irgendwo draussen auf einer Wiese...den kleinen Affen Koko, der in Madagaskar, im warmen Süden, geboren war und hier im Norden sterben musste, Walter Schirmeier.

Altdeutsche Handwerkskultur.^x

SPD. Ein Handwerk, das im Laufe der Jahrhunderte sich gleich geblieben ist, das von seinen uns bekannten Uranfängen her schon auf der Kulturhöhe war, die es bis heute beibehielt, ist die Töpferei. Man findet auch heute noch, nicht weit entfernt von den Schloten und Ueberlandleitungen, Heimindustriehöfen, in denen wie einst Kopf und Hand ehrsam Meister die Energiezentren geblieben sind. Wohl haben wir grosse Fabriken, in denen kostbares Porzellan und alles Geschirr des Alltags in Massen hergestellt wird. Das alte Kunsttöpferhandwerk hat sich daneben aber unabhängig noch in manchen Gegenden unsres Reiches erhalten, besonders in denen, die, etwas abseits vom tollen Wirbel der Zeit, nicht an den Strassen und Knotenpunkten des grossen Verkehrs liegen, und deren Bewohner aus geschichtlicher Tradition oder aus der geruhsameren Struktur ihres Wesens mehr am Geiste der Väter hängen, als gemeinhin die Ueberkommenes wenig achtende Jugend der Städte. So findet man auch heute noch auf dem Lande, besonders in unbekannteren, unbegangeneren Gegenden, die nur die Kleinbahn uns erschliesst, einen Stamm ehrsam, an die Zeit des blühenden Mittelalters erinnernder Meister des Kunsttöpfer-Handwerks, besonders auch in dem traditions-treuen, alte Eigenart am meisten wahren und darum für alle volkskundlichen Studien so ergiebigen Hessen. Bekannt für die Kunsttöpferei ist die Gegend um Marburg. Aber auch nicht weit von Frankfurt in der Gegend des im hinteren Taunus gelegenen Usingen, so in Brandoberndorf, in der Nähe von Wächtersbach, beim alten Hix in Wittgenborn, und schliesslich auch im südlichen Teile Hessens, in Urberach auf der Strecke nach Oberrodun zwischen Frankfurt und Darmstadt trifft man Vertreter dieses schönen, alten Handwerks.

Nach der Abzweigung von der grossen Strecke wird die Bahnfahrt gemütlich. Durch Wald und Wiedern windet sich langsam der staubige, kurze Zug, bimmelt monoton, um Mensch und Tier von den Geleisen herunterzujagen, und stösst von Zeit zu Zeit heiser heulende Töne aus. Die Fabriken werden immer spärlicher, die Sonne lacht über der Wärme dampfenden Natur, und im Zuge herrscht allgemeine Aufregung: ein Bauernmädchen will nach Amerika auswandern. Stolz und würdig erzählt ein Onkle die vielfältigen Vorbereitungen, den Namen des Schiffes, Mittel gegen Seekrankheit, Aussichten in Amerika, und ein Junge mit bunter Mütze gibt, protzend in seiner Würde als hier hochangesehener Gymnasiast, die notwendigen geographischen Erläuterungen. Milchkanen fliegen auf jeder Sta-

tion ein und aus, und der reizende Geruch martialischer Tabakspfeifen steigt in Schwaden aus den offenen Abteillfenstern.

Schliesslich ist die Schaukelei zu Ende; wir sind in Urberach. Der Ort hat ein paar sonnige Strassen und saubere Häuser, an denen hin und wieder kleine Altäre zu finden sind, Muttergottesbilder und wetterzerzauste Kreuze - ein blitzblankes Dörfchen wie aus unsres Herrgotts schönster Spielzeugschachtel.

Und da, halb auf der Strasse, halb in dem kleinen Hofgarten, stehen zum Trocknen die feuchten, lehmgrauen Formen werdender Töpfe und Geschirre. Jetzt macht der Meister nur einfaches Gerät, schmucklose Sachen für den täglichen Gebrauch, denn die Feldbestellung nimmt den grössten Teil seiner Arbeitskraft in Anspruch. In einem kleinen Zimmer steht alles beisammen, was man bei ihm erstehen kann. Grosse, dicke Tassen, ein paar Blumentöpfe, Krüge, Teller.

Doch ich frage nach besserem, frage nach verschiedenen, für diese Gegend typischen Arbeiten. Erfreut, auch einmal einen Städter zu sehen, der seine Kunst achtet und von ihr weiss, führt mich der Mann eine brüchige, schmale Treppe hinauf auf den Boden. Zwischen einem Wust von Gerümpel, wie er sich im Laufe der Jahre in allen Häusern ansammelt, in denen man sparsam auch für eigentlich Unverwendbares noch einmal eine Verwendung erwartet, finden sich da eine Menge der besseren Erzeugnisse des Mannes. Ein Weihwasserkessel, aus einer alten Form gepresst, grün, mit einem mittelalterlichen Christus, dem zwei Lämmer folgen, das zierliche Becken von einer Dornenkrone umrahmt, wandert für eine Reichmark in meinen Besitz. In Antiquitätenhandlungen kann man ähnliche Gegenstände für ein Vielfaches dieses Preises als garantiert alt erstehen. Ein Jägertopf mit einem alten, holprigen Spruch, einem Hirschkopf und vortrefflich zueinander abgestimmten Farben in leuchtendem Schmelz kostet zwei Mark. Figuren und Formen sind alle in der alten Tradition, wie man sie vor Jahrhunderten schon machte, wie sie der Meister heute noch macht, wie sie sein Sohn machen wird, der müde neben uns stehend mich fremden Eindringling misstrauisch betrachtet. Da sind Reiter, Soldaten, Fabeltiere, Trommler, Schweine - was man sich nur denken und wünschen kann.

Hier wird noch alle Woche gebrannt; das ist verhältnismässig sehr viel. In Wittgenborn hat der alte Meister vor einiger Zeit erst nach drei Jahren seinen Ofen wieder angezündet. Dafür aber hat er gleich mehrere tausend Töpfe angefertigt, fast alle verschieden, je nach Laune gemacht, mit Sprüchen, die ob ihrer kernigen, derben Art erfreuen. Und wenn man diese Muster und Bilder nicht nur mit der Freude des sammelnden Liebhabers betrachtet, sondern von der Warte des vergleichenden, folkloristischen Wissenden um diese Kultur, dann ist man überrascht, immer wieder die gleichen Vorwürfe zu finden, nicht nur bei verschiedenen Meistern und zu verschiedenen Zeiten, sondern auch bei den verschiedenen Volksstämmen und Völkern. Es liegt etwas Ewiges, Bleibendes, über den so schnellen und so menschlichen Wechsel Erhabenes in diesem Handwerk, dass man diese Dinge mit einer seltsam frommen Scheu betrachten lernt. Jahrhunderte sind über dieses Land gebräut, über diese Völker ernährenden, erhaltenden Aecker, stille Zeiten und tolle Jahre, aber immer wieder hat der Vater den Sohn das Handwerk in gleicher Weise gelehrt. Und wenn heute auch die elektrische Lampe über der Töpferscheibe leuchtet, wenn ein Lastauto die fertige Ware zum Markte trägt, der Fabrikant tausend Geschirre macht, während der stille, kunstsinnige Mann an einem Dutzend arbeitet, immer noch blüht dieses Handwerk, immer noch dröhnt man hier im Sommer Töpfe, schafft Krüge und ersinnt an den langen Winterabenden Figuren, Tiere, fromme Gestalten, die ein schönes Bild bieten, ein geschmackvolles Zeugnis vom Kunstsinne des einfachen, unverdorbenen, von der Massenkitschproduktion unberührten Volkes.

Marie Mehr.

Studienreise oder Wanderfahrt?^x

SPD. Wer selbst in dieser härtesten Notzeit noch über Ferien und vor allen Dingen das notwendige Geld verfügt, um eine Reise machen zu können, wozu möglichst gar ins Ausland, der sieht sich heute vor eine Unzahl lockender Ziele und Angebote gestellt. Da ziehen die Prospekte von Bildungsausschüssen, Vereinen und anderen Organisationen, die Anpreisungen der verschiedensten Reisebüros uns an, und vielleicht hat sich auch noch ein guter Freund erkundigt: "Sag mal, wo wirst Du eigentlich dieses Jahr Deinen Urlaub verbringen? Ich hab' einen glänzenden Vorschlag. Kommdoch Sonntag mal zu mir, da wollen wir etwas ausknobeln." Dann sitzt man beisammen und arbeitet sich durch Führer, Karten und Pläne hindurch, um nur ja das Beste herauszuholen.

Vor allem sollte man sich zuerst überlegen, was man in seinen Ferien erreichen will. Für denjenigen, der sich nicht auf einem Platze zu geniesseri-scher Ruhe niederlassen will, bieten sich zwei Möglichkeiten: eine Studienreise oder die ungezwungene Wanderfahrt. Zwischen diesen bestehen sehr grosse Unterschiede; beide haben Gründe für und gegen sich: Die Studienreisen erfolgen in Gesellschaft mehr oder minder fremder Leute und gehen meist nach grösseren Städten. Eine Wanderfahrt dagegen führt wohl fast immer mit wenigen guten Freunden hinaus in die freie Natur. Danach wird man sich entscheiden müssen. Sucht man neue Anregung, ist man innerlich fähig, das Pulsieren einer Riesenstadt in sich aufzunehmen, so suche man sich je nach dem Geldbeutel eine der Reisen nach den Weltstädten Paris, Brüssel oder London aus, die ja heute schon zu verhältnismässig billigen Preisen angeboten werden. Will man dagegen Ruhe und Anspannung vom Grosstadtleben, so zieht man besser hinauf ins Gebirge oder an die See. Von der gesundheitlichen und geistigen Einstellung wird die Entscheidung abhängen. Für einen nervösen, angespannten Menschen ist es Gift, seine kostbare Freizeit noch durch unendliche Führungen usw. auszufüllen, Auch die geistigen Erlebnisse und Eindrücke sind grundverschieden, ob man im Hochgebirge und an stillen Bergseen beschauliche Einkehr hält oder fremde Städte besichtigt. Beides ist natürlich unendlich wertvoll, und das Beste wäre etwa ein Wechsel von einem Jahre zum anderen. Doch immer kommt es auf die persönliche Einstellung an und darauf, was man von einer Reise erwartet. Nur wer sich vorher darüber klar geworden ist, wird vor Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Ich will hier zwei selbsterlebte Beispiele angeben: Die eine Reise ging mit einem Freunde ins Schweizer Hochgebirge, die andere mit dem Frankfurter Bund für Volksbildung nach England. Beide sind für mich von ungeheurer Bedeutung gewesen, gingen in fremde Länder mit einer Fülle neuer Eindrücke, und doch haben sie grundverschieden auf mich gewirkt.

Schweizer Wanderung.

Wir waren vom Vierwaldstätter See zum Berner Oberland getippelt. Nachts schliefen wir in Sennhütten und Heustadeln oder in einfachen Alpenhäusern. Wir assen und tranken beim Senner Brot und Milch und fühlten uns wohl und stark dabei. Die Berge riefen, unsre Sehnsucht mit hinaufzutragen in die unendliche, reine Gletscherwelt. Ich vergesse nie einen wunderschönen Abend im Finsteraarhorngebiet. Von der Grimselstrasse ging es über Schutthalden, Geröll und später über die Ausläufer des Gletschers zur Pavillon Dolfus-Hütte des Schweizer Alpenklubs. Es war ein herrlicher Tag, kurz nach Pfingsten. Also noch sehr früh fürs Hochgebirge, und noch lag der Schnee bis tief herunter. Zu beiden Seiten des Tales türmten sich die vielen Hörner des Berner Oberlandes, und Steine und Schnee rollten unter donnerndem Getöse von den glatten Feldwänden ab. Spät Abends kamen wir an, und dann ist eine Hütte mit Strohlager und dicker Maggisuppe mehr wert als das vornehmste Hotel. Draussen aber erwartete uns das schönste Bild, das ich je gesehen habe. Weiss und geisterhaft standen die zackigen Bergketten gegen den pechschwarzen Himmel, und helle Mondstrahlen erhöhten noch diese Wirkung. Einsam standen wir weit ent-

fernt von allen Menschen und fühlten gerade hier, wie wenig der Mensch allein bedeutet gegen das grosse Weltall. Tief drunten unter dem Eise des Gletschers gurgelte der Bach. Im Tale war es schwarz und schaurig.

Warum waren wir hier hinaufgezogen? Warum befriedigte uns die einsame Welt der kahlen Bergwände. War es Abenteurerlust, war es das Verlangen, unser blasses, übersteigertes Grosstadt-Leben durch reines Schauen zu ersetzen, das Verlangen, die Schönheit in reinem Beobachten ohne Zweck in uns aufzusaugen und ein Stück davon mit nach Hause zu nehmen in den grauen Alltag, in den Kampf der Menschen, der Arbeiter?

Dagegen England.

Wir kommen zu Freunden. In Southampton und London werden wir von den englischen Arbeitern empfangen. Mit dem Omnibus fahren wir durch das Grün der Wiesen und Wälder Südens nach London. In einer Vorstadt werden wir im Heim des dortigen Konsum-Vereins untergebracht. Grau und öde sind die Arbeiterviertel: Lange Reihen niedriger Häuser, Märkte und offene Fischläden. Jeden Tag schleppt man uns in mehrstündiger Fahrt in die City. Wir sehen das Parlamentsgebäude, das Britische Museum und andre Sehenswürdigkeiten. Ein Besuch der alten Universitätsstadt Oxford ergänzt die Reise, und auch dort werden wir von den Schülern des Ruskin College, einer englischen Arbeiterhochschule, freundlich begrüßt. Auf der Heimfahrt bekommen wir das alte England zu sehen: Stonehenge, die Kathedralen von Canterbury und Salisbury; kurz, es ist eine Studienreise, wie sie besser nicht organisiert sein kann.

Man weiss mehr, wenn man von einer solchen Reise zurückkehrt. Vielleicht hat man auch einen kurzen Einblick in ein fremdes Volk bekommen und merkt, dass das alles eigentlich garnicht viel anders ist als unser eigenes Schicksal. Damit erweitert sich die engstirnige Auffassungsmöglichkeit des ewig auf einem Platze Verharrenden, und deshalb entscheidet euch, die ihr dazu in der Lage seid: Studienreise oder Wanderfahrt; aber auf alle Fälle hinaus!

Karl Moeller.

SPD. Aufdeckung eines Brandgrabes.^x In Kärnten wurde bei dem Bau einer Zufahrtsstrasse nach Bleiburg von Arbeitern in der Nähe der Ortschaft Hof ein Brandgrab aufgedeckt. In einem mit grösseren Backsteinen ausgelegten Viereck fanden sie nur 50 Zentimeter unter der Erdoberfläche schwarze Aschenerde und darin drei Gefässe: einen sogenannten "Schwarzhafen" mit drei Füßen und Ringverzierungen, ein krugartiges Gefäss aus gebranntem Lehm, das fast vollständig erhalten ist, und eine flache Schale, ungefähr handbreit hoch, aus ungebranntem Ton. Besonders die Schale fällt durch ihre überaus zarte und schöne Ausführung auf. Ihre Wandstärke beträgt kaum etwas über einen Millimeter. Die Gegenstände wurden dem Landesmuseum übergeben. Die Frage muss erst entschieden werden, ob es sich um einen römischen oder vorrömischen keltischen Fund handelt. Die grössere Wahrscheinlichkeit spricht für die zweite Annahme.

SPD. Eine unbekanntes Handschrift Flauberts.^x Bei der Sichtung des Nachlasses der Nichte des grossen französischen Dichters Flaubert hat man ein bisher völlig unbekanntes Manuskript aufgefunden, das den Titel "Eindrücke und Betrachtungen" trägt. Es ist von Flaubert mit einundzwanzig Jahren verfasst worden und enthält eine äusserst nihilistische Weltanschauung. Die Handschrift wird im berühmtesten Pariser Kunstauktionshause, dem "Hotel Drouot", versteigert werden.